

Dokumentation zur Menschenrechtslage in den von Israel besetzten Gebieten

von Gert Krell

6. Februar 2010 (mit kleinen Ergänzungen vom 16. Oktober 2011)

Übersicht:

- 1. Vorbemerkung zu Sinn und Problematik der Kritik**
- 2. Auszüge aus einer neueren Gesamtdarstellung**
- 3. Auszüge aus Berichten israelischer, palästinensischer und internationaler Menschenrechtsorganisationen und -behörden**
 - 3.1 B'Tselem**
 - 3.2 Yesh Din**
 - 3.3 US State Department: Country Reports on Human Rights Practices**
 - 3.4 Amnesty International**
 - 3.5 Die Skala des Politischen Terrors (Political-Terror-Scale)**
 - 3.6 Human Rights Watch**
 - 3.7 Al-Haq**
 - 3.8 The Association for Civil Rights in Israel (ACRI)**
 - 3.9 Breaking the Silence**
- 4. Auszüge aus Texten jüdischer Intellektueller und Menschenrechtsaktivisten**
- 5. Exemplarische einzelne Fälle**
- 6. Quellenangaben und Literaturhinweise**

Gert Krell, emeritierter Professor für Internationale Beziehungen im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main
Im Langgewann 37, D-65719 Hofheim; Internetseite: www.gert-krell.de

1. Vorbemerkung zu Sinn und Problematik der Kritik

Der Anlass für diese Dokumentation sind Kontroversen in privaten Gesprächen oder auch in öffentlichen Diskussionen zu einem aus verschiedenen Gründen gerade in Deutschland heiklen Thema.¹ Ich gehöre zu den 30 % der Menschen, die sich bei Umfragen dazu bekennen, dass sich Deutsche bei Kritik an Israel eher zurückhalten haben. Das gilt insbesondere für moralische Kritik, die nicht-jüdischen Deutschen angesichts der historisch einmaligen Menschheitsverbrechen des nationalsozialistischen Deutschland an den Juden (und anderen Völkern) nicht zusteht. Es gibt genügend Israelis und Juden außerhalb Israels, die sich der moralischen Problematik israelischer Menschenrechtsverletzungen annehmen. In meinen mündlichen und schriftlichen Beiträgen zum Nahost-Konflikt haben diese Menschenrechtsverletzungen deshalb bislang kaum eine Rolle gespielt.

Grundsätzlich betrachte ich es als eine Verpflichtung Deutschlands, Israel zu schützen, d.h. für mich als deutschen nicht-jüdischen Intellektuellen, Israel in der wissenschaftlichen und in der öffentlichen Diskussion so weit wie möglich in Schutz zu nehmen. So betone ich z.B. immer wieder, dass es völlig unzulässig ist, die israelische Besatzungspolitik oder Kriegführung mit der des nationalsozialistischen Deutschland zu vergleichen – Vergleiche, die nicht nur bei Arabern, sondern auch in Deutschland populär sind.² Im Gegensatz zu vielen christlichen Vorläufern unter den Siedlungsgesellschaften oder zeitgenössischen Nationalismen wie dem Nationalsozialismus oder dem türkischen Nationalismus war der Zionismus nie genozidal. Unter vergleichender Perspektive bietet sich eher der westliche Siedlungskolonialismus Englands gegenüber Irland oder Frankreichs gegenüber Algerien an (dazu Lustick 1993). Aber auch dieser Vergleich hinkt, denn der zionistische oder jetzt neozionistische Siedlungskolonialismus tendiert zwar auch zur Bedrängung und Verdrängung der Einheimischen, aber nicht oder nur am Rande zu ihrer Ausbeutung. Vor allem fehlen in allen Vergleichsfällen die spezifischen Vernichtungserfahrungen der Juden, insbesondere der Holocaust.

Zu meinen Pflichten als Politikwissenschaftler gehört es andererseits, bei der Analyse eines Konflikts ein möglichst vorurteilsfreies Bild von seinen Ursachen und seiner Dynamik zu entwerfen, eine zentrale Voraussetzung für jeden Lösungsversuch. Außerdem gibt es auch eine historische (und eine moralische) Verantwortung Deutschlands für das Schicksal der Palästinenser (vgl. Krell 2011). Ich teile wie alle von mir in dieser Dokumentation genannten Autoren die Auffassung, dass die Besatzung, die fortlaufende Landnahme und die mit beidem verbundenen Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Palästinensern einen zentralen Teil,

¹ Für Kritik und Hinweise danke ich Reiner Bernstein und Margret Johannsen.

² Vgl. etwa meine Kritik an Norbert Blüm unter der Überschrift „ehrlich aber gefairlich“ in der *Jüdischen Zeitung* vom Februar 2009, S. 1. Vgl. auch Krell (2009), S. 1-2 oder 41-42.

wenn nicht sogar den heutigen Kern der Konfliktodynamik im Nahen Osten ausmachen und dass Israel damit letzten Endes seine eigene Existenz und Zukunft gefährdet.

Keine Frage: Israel befindet sich in einer schwierigen Situation, in der andere Länder u.U. noch heftiger reagieren würden. Angesichts der Tendenzen realer Feindschaft in seiner arabischen und islamischen Umgebung, deren radikale Segmente immer noch seine Existenz in Frage stellen, angesichts der Vernichtungsdrohungen von Seiten der iranischen Führung, angesichts der vielen Kriege, der Attentate und des Raketenbeschusses ist die Sehnsucht der Bevölkerung nach Sicherheit nur allzu verständlich, gerade auch vor dem Hintergrund der jüdischen Geschichte; ist auch der verbreitete Wunsch nach Abgrenzung, ja sind sogar spontan immer wieder auftauchende Forderungen nach Vergeltung nachvollziehbar. Gleichwohl bleibt die Verletzung von Menschenrechten, selbst dann wenn sie als Antwort auf die Verletzung eigener Rechte betrachtet oder gerechtfertigt wird, moralisch fragwürdig (das aber ist nicht mein Thema), rechtlich gesehen unzulässig. Sie ist aber vor allem auch politisch unklug.

Israel hätte grundsätzlich die Möglichkeit, sich für eine moderatere Politik, vor allem ein Ende der Expansion und der Besetzung zu entscheiden. Das zeigt schon ein oberflächlicher Blick in die historischen wie aktuellen Debatten im Lande selbst. Zwar kann niemand garantieren, dass die Feindseligkeit und Gewalttätigkeit antiisraelischer und antisemitischer Gruppierungen im Nahen Osten vollständig zur Ruhe käme, wenn der Territorial- und Herrschaftskonflikt zwischen Israel und den Palästinensern in einem tragfähigen Kompromiss aufgehoben würde. Andererseits gibt es ausreichend Hinweise dafür, dass ein sehr großer Teil der Unterstützung für die Radikalen weniger mit ihrer islamistischen Programmatik zusammenhängt als mit ihrem entschiedenen Widerstand gegen die Besetzung und die damit verbundenen alltäglichen Diskriminierungen, Entbehrungen und Gefahren für Leib und Leben.

Am Rande möchte ich noch darauf hinweisen, dass es *allen Nationen*, insbesondere allen Nationalisten dieser Welt schwer fällt, Untaten ihres Staates bzw. ihrer Ethnie oder Nation anzuerkennen. In einer öffentlichen Debatte über das kontroverse Buch von John Mearsheimer und Stephen Walt *The Israel Lobby and US Foreign Policy* (2007) habe ich dazu im November 2007 Folgendes ausgeführt (Krell 2007):

It is true that many Israeli and American Jews, particularly nationalist Jews, have problems seeing Israel and its history in more or less objective terms, they still believe in many of the myths which – among others – Israeli historians themselves have exposed in the last 25 years. Yet myths are part of national folklore everywhere; nations almost define themselves through the creation of myths about their origin, development, and behaviour. Despite the singular monstrosity of Germany's crimes and its utter defeat in World War II, many Germans to this day believe that Hitler did at least some good. Far into the 1980s, many crucial German institutions such as the *Wehrmacht*, the universities, or professional associations had widely been considered essentially "clean", whereas in fact all of them had been involved in the machinery of discrimination, humiliation, expulsion, and even mass murder. The Quandts, one of Germany's major industrial families, which had been among the worst offenders un-

der the Nazis, had remained silent or claimed innocence until a couple of weeks ago [das war im Herbst 2007], when a new TV documentary forced them to state publicly that they were willing to have independent researchers look into family history. [Die wenig schmeichelhaften Ergebnisse dieser Untersuchung liegen jetzt vor: Joachim Scholtz, Der Aufstieg der Quandts: Eine deutsche Unternehmerdynastie, München 2011, G.K.]

To this day, it is difficult and may be dangerous to your career, your freedom, or even your life to address war crimes in Japan or the Armenian genocide in Turkey. France has long had serious problems talking openly and honestly about French collaboration with the Nazis and about French crimes in the war of Algerian independence. Austria has only begun to distance itself from the established image as one of Hitler's first victims. The United States has a holocaust museum, which is appropriate and honourable; but as far as I know, it does not have a museum commemorating the genocide of the American Indians in the 19th century by the immigrants.³

Ich räume gerne ein, dass ich mich jenen Israelis und jenen Juden außerhalb Israels, die auch die Schattenseiten der israelischen Politik wahrnehmen und gegen die gravierenden Auswirkungen der Siedlungstätigkeit und der Besatzung auf die Palästinenser tätig werden und damit häufig weit mehr riskieren als ein deutscher Kritiker am Schreibtisch oder bei einem Vortrag, enger verbunden fühle als jenen, die sie verharmlosen, verleugnen oder sogar rechtfertigen.

Wie immer man die Menschenrechtslage in den von Israel besetzten Gebieten zusammenfassen mag, unbestreitbar erscheinen mir folgende Sachverhalte:

1. Palästinensische Rechtsbrecher werden in israelischen Gerichten in den besetzten Gebieten zur Rechenschaft gezogen, das heißt in der Regel also nicht nur von *israelischen*, sondern von israelischen *Militärgerichten*. Siedler, die Recht brechen, unterliegen der zivilen Rechtsprechung im israelischen Kernland. Damit sind Palästinenser wegen der schärferen Regularien der Militärgerichte schon materiell-rechtlich benachteiligt.

2. Die Strafverfolgung von Palästinensern wird wesentlich rigider gehandhabt als die von Israelis. In vielen gravierenden Fällen, auch bei fahrlässiger Tötung, Totschlag, Mord oder schwerer Körperverletzung von Palästinensern durch israelische Soldaten, Polizisten oder Siedler findet keine Strafverfolgung statt.

³ Hier wären die Ergebnisse einer umfassenden neueren Untersuchung über die Kriegführung in Vietnam und den Umgang mit amerikanischen Kriegsverbrechen zu nennen. Wie Greiner (2007) auf der Grundlage umfangreicher Akten von ca. 10.000 Blättern der *Vietnam War Crimes Working Group* im Pentagon (einer Behörde, die nicht etwa zur Verfolgung oder Verhütung von Kriegsverbrechen gegründet worden war, sondern zur Vorbereitung auf die Abwehr von Kritik) herausgearbeitet hat, haben weder die Politik noch die Militärführung oder die Öffentlichkeit der Entgrenzung der Gewalt Einhalt geboten, im Gegenteil. Schwerste Kriegsverbrechen im Zusammenhang mit einer Politik der verbrannten Erde, die das bäuerliche Leben in mehreren Provinzen zerstörte, und zahllose Massaker an unbewaffneten Zivilisten, von denen My Lai nur die Spitze des Eisbergs war, stießen auf einen juristischen Minimalismus, in dem keiner der eigentlich verantwortlichen Offiziere je zur Rechenschaft gezogen wurde, selbst wenn er offensichtlich zu unterschiedslosem Töten aufgerufen hatte. In einer systematischen Selbstentbindung von Recht und Gesetz verwies die amerikanische Militärjustiz immer wieder auf Befehlsnotstände – eine seit den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen nicht mehr vertretbare Legitimationsfigur –, um Kompromittierte zu entlasten. Die militärische Rechtskultur erodierte, und die Öffentlichkeit deckte mehrheitlich, ja wollte die Leugnung jeder individuellen Verantwortung für einen teilweise totalen Krieg nicht nur gegen die gegnerischen Soldaten, sondern auch gegen die Zivilbevölkerung.

3. In den Fällen, in denen Straftaten verfolgt werden, fällt das Strafmaß für gleiche Taten häufig extrem ungleich zu Lasten der Palästinenser aus.

So müssen z.B. Palästinenser aus der West Bank, die einen Israeli töten, mit einer lebenslangen Freiheitsstrafe rechnen; im umgekehrten Fall sieht es ganz anders aus. In den im Folgenden aufgeführten Quellen werden nur ganz wenige Fälle genannt, in denen das tatsächliche Strafmaß für die unrechtmäßige Tötung oder schwere Körperverletzung eines Palästinensers durch einen Israeli mehr als drei Jahre betrug. In allen anderen genannten Fällen lag es bei drei Jahren oder deutlich darunter. Die genannten Quellen bestätigen außerdem, dass es in der Mehrzahl der Fälle solcher auch nach israelischem Recht grundsätzlich illegalen Tötungen oder Körperverletzungen erst gar nicht zur Aufnahme eines Verfahrens bzw. zu einer Anklage oder einer Verurteilung kommt. Das gilt übrigens auch für den Diebstahl oder die Beschädigung von palästinensischem landwirtschaftlichem Eigentum durch israelische Siedler: Es gibt so gut wie keine Strafverfolgung.

2. Auszüge aus einer neueren Gesamtdarstellung

Englische Zitate nach Idith Zertal/Akiva Eldar, *Lords of the Land: The War Over Israel's Settlements in the Occupied Territories, 1967-2007*, New York 2007 [deutsch unter dem Titel: *Die Herren des Landes*, München 2007] (alle Betonungen sind von mir)

Zur legalen und illegalen Expropriation der Palästinenser in der West Bank

Der ganze Siedlungsprozess ist von Illegalität durchsetzt, und zwar nicht nur völkerrechtlich (nach geltendem Recht ist es völkerrechtswidrig, in einem Krieg besetzte Gebiete für die Ansiedlung von Bewohnern des besetzenden Staates zu nutzen), sondern auch nach israelischem Recht. Die so genannten „outposts“, von den es zurzeit etwa einhundert gibt und die später oft legalisiert werden, sind auch nach israelischem Recht zunächst illegal. Noch keine israelische Regierung ist bislang erfolgreich gegen diese „outposts“ vorgegangen, im Gegenteil: Teile des Militärs und der Verwaltung kollaborieren mit den Siedlern und unterstützen sie. Andererseits hat der israelische Staat legale Voraussetzungen für die Besatzung, für die Kontrolle und die partielle Enteignung der Palästinenser und für die anhaltende jüdische Siedlungstätigkeit geschaffen.

„Legale“ Expropriation

Die juristischen und politischen Begründungen, mit denen auch die höchsten israelischen Gerichte die Aneignung von Territorium in der West Bank rechtfertigen, werden ausführlich in dem Kapitel „Everything Is Legal in the Land of Israel“ beschrieben:

334/335

(...) by various legal means and with the aid and even encouragement and support of the state and its institutions, immense territories, of which the local inhabitants could not prove ownership, have been taken from the Palestinians and given for the settlement of Jews, which is prohibited by international law and custom.

The Jewish settlement, at God's command and at the government's will, has thus caused continuing and extensive damage to the basic human rights of the Palestinians who live in the territories, among them the rights to personal liberty, freedom of movement, and property; it has also thwarted any possibility for the realization of the collective rights of those who lived in the territory before the intrusion of the Israeli forces, such as the right to national self-determination, including statehood. The entrenchment of more than a quarter of a million Jews in the Palestinian territories (and close to twice that if one counts East Jerusalem), and the making of the well-being and security of the Jewish settlers Israel's top priority, created a situation of critical separation, persecution, and discrimination. **The state has given minimal protection and legal aid to the Palestinian inhabitants in the face of fanaticism and violence from Jewish settlers and the discriminatory attitudes of authorities such as the army and the police.**

340-341

(...) **over the years, the courts have evinced an impressive "judicial restraint" in judging the actions and deeds of the various Israeli authorities in the territories and have given considerable aid not the injured Palestinian complaints but rather to the State of Israel and the settlers.**

369

The act of confiscating Palestinian lands and transferring them to the possession of the Jewish people for purposes of moving Jewish civilians into those territories was, as noted, an utter violation of all the international conventions that relate both to the obligations of the occupying power and the rights of the occupied, including their private and collective property rights.

Zur Rechtslage zwischen Siedlern und Palästinensern im Einzelnen

373

(...) A Palestinian who commits an offense is tried in the courts in the territories, mostly military courts, whereas a settler who commits an offense is tried in an Israeli court. This separation has created a **screaming inequality** between the Palestinians and the settlers. For example, while it is possible, under local law, to hold a Palestinian under arrest for eight days before bringing him before a judge, it is not possible to hold a Jewish settler, who is subject to the arrangements of Israeli criminal law, for more than twenty-four hours before bringing him before a judge. **Nor have the punishments been identical: A Palestinian convicted of manslaughter can expect life imprisonment, whereas a settler, for the same offense, can expect a maximum sentence of twenty years in prison.** (...) [Hierbei gilt es zu beachten, dass dieser Vergleich im Strafmaß nur die Fälle betrifft, die überhaupt vor Gericht kommen und zu einer Anklage führen! G.K.]

While a settler who is sentenced to prison can be released after serving two-thirds of his sentence and even earlier, a Palestinian is not eligible for a similar break and has to serve out his entire sentence.

374

During the years 1980-1984 there was a dramatic rise in the number of violent actions by settlers. The number of injuries doubled every two years. In 1980, thirty violent attacks on Palestinians were reported (...) while in 1984 there were 118 attacks, with four killed and twenty-two wounded. Altogether, during those five years twenty-three Palestinians were killed, of whom eleven were children, by shooting of other violent attacks by settlers. In two-thirds of the cases the deaths were caused by the use of firearms. (...)

The Jewish settlers behave as though the territories were their own and the Israeli law and justice system collaborated, both actively and passively. [Es folgen mehrere Beispiele für die Parteinahme des Militärs und der Behörden zugunsten gewalttätiger Siedler. Dann wird der Bericht der Karp-Kommission von 1984 zitiert, die sich mit der Sicherheits- und der Rechtslage in den besetzten Gebieten beschäftigt hat:]

377

The commission's findings confirmed what everyone had already known, that the law in the territories was the law of the settlers and that the arm of the police was much too short in dealing with violent offenders. **The commission found, among other things, that the police did not fulfil their obligation to prevent illegal acts, that the number of incidents in which the investigation was closed for reasons of "perpetrators unknown" was higher than usual, that the police evinced a forgiving and indulgent attitude toward the settlers, that in some cases no sincere effort was made to find the culprits, and that in some case the witnesses were not questioned at all. The commission also found "a large incidence of injuries to the head or upper parts of the body" in cases of shooting injuries by settlers. Most of the reports in those cases "relied on questioning of the soldiers only".**

380/381

Many of the verdicts of violent offenses constitute an impressive anthology of looking the other way, nonenforcement of justice, inequality before the law, and reversing the roles of villains and victims. (...)

Between 1988 and 1992 (that is during the first intifada), forty-eight cases of violent deaths of Palestinians were recorded. Only twelve indictments, for one out of four of the cases, were filed against Israeli citizens who were charged with murder, manslaughter, or causing death of a Palestinian through negligence. Of these, only once case culminated in a murder (Mord) conviction; another ended in a manslaughter (Totschlag) conviction and six ended in a conviction of causing death through negligence (fahrlässige Tötung). The defendant who was convicted of murder, for which the maximum punishment is twenty years in prison, was sentenced to only three years. The minimal value placed on Palestinian lives repeatedly received legal confirmation at district courts in Israel. [Es folgen seitenslang Beispiele für weitere skandalös milde Urteile für die Tötung von Palästinensern durch Israelis, und dann kommt der Satz, den ich zitiert habe:]

383

(...) From then on, a punishment of three years in prison for the killing of a Palestinian became the maximum price tag.

386

[Zusammenfassend wird der Abgeordnete Amnon Rubinstein zitiert, der als ein moderater Jurist gilt:]

"In Judea, Samaria and Gaza there are two legal systems, and two different kinds of people. (...) There are Israeli citizens with full rights, and there are non-Israeli non-citizens with non-rights." [Zum Zeitpunkt dieser Aussage war Gaza noch von Israel besetzt, G.K.]

[Die folgenden Seiten beschreiben die Siedlergewalt auch in den Jahren des Friedensprozesses mit ähnlich fragwürdiger Rechtsprechung. Gegen Ende des Kapitels gehen die AutorInnen auf die Gewalt der Siedler gegen die palästinensische Landwirtschaft ein:]

395

Beyond the bloodshed and the thousands of innocent victims on both sides of the border who had been blurred in the more than three decades of occupation, during the course of the second intifada there was a marked increase in incidents of damage to Palestinian property and means of production. Olive groves, which cover 45 percent of the space cultivated by Palestinians and support thousands of households, and olive harvesters themselves were premeditated targets for attacks by violent settlers. (...) Many of the locals had to abandon their villages under threats and attacks on the part of the settlers. The settlers' deeds received backing and encouragement from political leaders and rabbis. (...) The systematic attacks on live harvesters and the trees themselves were not anything new, but now they earned worldwide coverage and a limp reprimand from Prime Minister Sharon.

Ha'aretz journalist Amira Hass had reported as early as 1998 on the havoc caused by settlers to the olive economy and olive culture in the territories and on the chopping down of thousands of live trees at night by unknown perpetrators who are never caught and never punished.

3. Auszüge aus Berichten israelischer, palästinensischer und internationaler Menschenrechtsorganisationen und -behörden

3.1 B'Tselem

B'Tselem ist die bekannteste israelische Menschenrechtsorganisation. Sie veröffentlicht zahlreiche Berichte, darunter auch einige sehr umfassende, die sich mit fast allen Formen von Menschenrechtsverletzungen beschäftigen, die in den besetzten Gebieten vorkommen. Die Berichte befassen sich z.B. mit Folter, Schüssen mit Todesfolge durch die Sicherheitskräfte, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, Landenteignungen, Diskriminierung bei Stadtplanung und Baugenehmigungen in Ost-Jerusalem, vorbeugende Untersuchungshaft und Siedlergewalt. Auf ihrer Website beschreibt und begründet diese Organisation die Grundlagen ihrer Arbeit wie folgt (meine Betonungen):

B'TSELEM - The Israeli Information Center for Human Rights in the Occupied Territories was established in 1989 by a group of prominent academics, attorneys, journalists, and Knesset members. It endeavors to document and educate the Israeli public and policymakers about human rights violations in the Occupied Territories, combat the phenomenon of denial prevalent among the Israeli public, and help create a human rights culture in Israel.

B'Tselem in Hebrew literally means “in the image of,” and is also used as a synonym for human dignity. The word is taken from Genesis 1:27 “And God created humans in his image. In the image of God did He create him.” It is in this spirit that the first article of the Universal Declaration of Human Rights states that “All human beings are born equal in dignity and rights.” (...)

As an Israeli human rights organization, B'Tselem acts primarily to change Israeli policy in the Occupied Territories and ensure that its government, which rules the Occupied Territories, protects the human rights of residents there and complies with its obligations under international law. (...)

Since its founding, certain questions have repeatedly been asked about the organization, among them:

“Why don't you work to protect human rights within Israel?”

B'Tselem is aware of human rights violations within Israel - discrimination against Palestinian citizens of Israel, discrimination against women, problems relating to church and state, and the like – but the population in the Occupied Territories live under military rule and Israel systematically and extensively violates their fundamental human rights. For this reason, B'Tselem decided to concentrate solely on human rights violations in the Occupied Territories.

“Why don't you also defend Israelis?”

Where rights of residents of the Occupied Territories are affected, B'Tselem does not distinguish between Palestinian and Israeli victims. **Over the years of the occupation, the Israeli authorities have been guilty of widespread and severe violation of human rights of Palestinians, while at the same time have given preferential treatment to Israeli settlers,** whose settlement in occupied territory is itself a breach of international law. Despite this, when Israel violates the rights of Israelis in the Occupied Territories, B'Tselem takes the appropriate actions to attempt to end the violations.

“Why don't you criticize the Palestinian Authority?”

B'Tselem does not distinguish between violations committed by Israel and those committed by the Palestinian Authority. The organization monitors the activities of the Palestinian Authority affecting human rights and deals in its publications with severe violations by the Palestinian Authority. However, as an Israeli organization, the majority of its efforts is directed at violations committed by our government on behalf of all of us.

B'Tselem führt u.a. eine Datenbasis über Todesfälle in den besetzten Gebieten für die Zeit zwischen 2000 und 2008. Bei allen Fällen werden die Umstände kurz beschrieben. Sehr viele Todesfälle von Palästinensern haben sich im Zusammenhang mit tatsächlich gewalttätigen Auseinandersetzungen oder drohenden Gewalttaten (in diesen Fällen waren die Palästinenser bewaffnet) ergeben. Aber es werden auch zahlreiche Fälle aufgelistet, in denen die Getöteten unbewaffnet und unbeteiligt waren. Die Gesamtstatistik sieht so aus:

29.9.2000-26.12.2008	Occupied Territories			Israel
	Gaza Strip	West Bank	Total	
Palestinians killed by Israeli security forces	3000	1791	4791	69
Palestinians killed by Israeli civilians	4	41	45	2
Israeli civilians killed by Palestinians	39	198	237	490
Israeli security force personnel killed by Palestinians	97	148	245	90
Foreign citizens killed by Palestinians	10	7	17	37
Foreign citizens killed by Israeli security forces	4	6	10	
Palestinians killed by Palestinians	458	135	593	
Additional data (included in previous table)	Occupied Territories			Israel
	Gaza Strip	West Bank	Total	
Palestinian minors killed by Israeli security forces	635	317	952	3
Israeli minors killed by Palestinians	4	35	39	84
Palestinians killed during the course of a targeted killing	280	107	387	
Palestinians who were the object of a targeted killing	152	82	234	
Palestinians killed by Palestinians for suspected collaboration with Israel	11	109	120	
Palestinians who took part in the hostilities and were killed by Israeli security forces	1253	472	1725	61

Palestinians who did not take part in the hostilities and were killed by Israeli security forces (not including the objects of targeted killings).	1353	834	2187	5
Palestinians who were killed by Israeli security forces and it is not known if they were taking part in the hostilities	394	485	879	3

Zur aktuellen Menschenrechtslage in den besetzten Gebieten, insbesondere zur Frage des Umgangs mit Straftaten von Israelis gegenüber Palästinensern, dokumentiere ich Auszüge aus dem Jahresbericht von B'Tselem von 2008 (Betonungen wieder von mir):

1

Unfortunately, examination of the human rights reality in the West Bank and Gaza Strip leads to the inevitable conclusion that discrimination, impunity and manipulation of security concerns are endemic to virtually all aspects of Israel's maltreatment of the Palestinians in these areas. Discrimination between Israelis and Palestinians is pervasive in all Israeli policies, be it the criminal justice system or the allocation of land and water. There is little accountability, whether on the individual or the collective levels; from the soldier standing at the checkpoint to the highest levels of the army and government, **it is extremely rare for anyone to be held accountable for harming Palestinians.** Moreover, security considerations – in some cases genuine and in other cases not – justify widespread harm to three million people.

3 (Accountability)

At the beginning of the second intifada (...) the Judge Advocate General's Office stopped automatically opening investigations into cases of death and injury of Palestinians who were not involved in the hostilities other than in exceptional cases. Between 2000 and the end of 2008, only 287 Military Policy investigations were opened into cases of firing in the Occupied Territories, including cases that did not result in death or injury. In addition, in 2002, the Knesset passed a law denying Palestinians the possibility of obtaining compensation in most cases in which they have suffered injury as a result of illegal acts by security forces. (...)

In the isolated cases in which the Judge Advocate General's Office ordered a Military Police investigation, the investigation was usually opened months after the event took place, making it difficult to collect evidence from the scene of the incident and to locate witnesses who remembered the details to the extent needed to file charges against offenders. As a result, many investigative files were closed with no action being taken, and only 6 percent led to the filing of an indictment (...). **In the rare cases in which charges were filed, they did not reflect the severity of the acts committed, and when the defendant was convicted, only light sentences were imposed.**

13 (Equality)

In the West Bank, there are currently two separate systems of law, which apply to persons based on their nationality – one for Palestinians and the other for Israeli settlers. Palestinians live under occupation and are subject to a military regime that denies many of their rights. Settlers, on the other hand, are considered by the authorities as part of the sovereign State of Israel and, as such, enjoy the same rights as the state's citizens.

This division applies to every area of life and is implemented by all state bodies. **For example, when Palestinians harm settlers, the authorities take considerable efforts, sometimes by illegal means, and in violation of human rights of Palestinians, to prosecute the perpetrators. Contrarily, the same authorities refrain from providing proper protection to Palestinians from physical harm and from damage to their property at the hands of Israeli civilians, and more than once security forces have taken an active part in attacks of this kind.**

3.2 Yesh Din

Yesh Din (was so viel heißt wie „es gibt Recht“) ist eine israelische Menschenrechtsorganisation, die u.a. Palästinensern in den besetzten Gebieten Rechtsbeistand gegen den Staat Israel gewährt. Der Organisation, die 2005 gegründet wurde, gehören führende politische öffentliche Persönlichkeiten Israels an wie die ehemalige Erziehungsministerin Shulamit Aloni, der ehemalige Generalstaatsanwalt Michael Ben Yair, oder General Shlomo Gazit, früher Chef des Militärischen Geheimdienstes. Yesh Din beobachtet auch die Untersuchungen der israelischen Streitkräfte zu Übergriffen und Vergehen der Armee bzw. israelischer Siedler gegenüber Palästinensern in den besetzten Gebieten.

In einem Bericht von 2007 über israelische Militärgerichtsverfahren gegen Palästinenser in den besetzten Gebieten hat Yesh Din eine Reihe von gravierenden systematischen rechtsstaatlichen Defiziten dokumentiert. Ich dokumentiere Passagen aus der Zusammenfassung:

14 (The Right of Public Trial)

The de facto restrictions on the presence of the public in the Military Courts, combined with the lack of publicity of their verdicts, creates a legal system operating outside the public view and, therefore, substantially lacking public scrutiny.

15 (The Right to be Notified of the Charges)

Indictments are provided to defendants held in detention and to their attorney only on the occasion of “detention until the end of proceedings” hearings – after the indictment has already been filed to the court – and are always provided in Hebrew only – a language typically neither spoken nor understood by the defendants and some of their attorneys. As a result some attorneys are forced to seek someone in the courtroom to translate, for their clients and themselves, the charges against which they are to present a defense.

Special concern arises from the policy customary in the Samaria Court in recent years: demanding that the defendant respond at once to the prosecution’s motion to detain until the end of proceedings, while denying motions for continuance to study the evidence. Thus the defense attorney is required to respond to the prosecution’s motion without any knowledge as to the contents of the case against his client, and defense attorneys who do not read Hebrew are forced to rely on a rushed translation, by a chance person in the courtroom, of the principal issues in the detailed charge sheet.

15/16 (The Right to Counsel and the Effective Assistance of Counsel)

Severe restrictions are imposed on a lawyer’s ability to provide his clients with an effective defense: Palestinian lawyers are unable, in most cases, to visit clients incarcerated in Israel; Israeli lawyers and those who are residents of East Jerusalem who do have access to detention facilities in Israel, are frequently harassed when arriving at detention facilities and regularly experience conditions that discourage them from visiting their clients in preparing their defense and raise cause for concern regarding the violation of attorney-client privilege.

18/19 (The Right to be Tried without Undue Delay)

Security Legislation allows the detention of a suspect for eight days before bringing him before a judge and allows the judge to repeatedly extend a suspect’s detention to an accumulative period of ninety days, and twice as long with the authorization of a military appellate judge. Security Legislation imposes no limitation as to the period a person may be held in detention from the time the investigation is completed to the time of filing an indictment, nor does it limit the periods a person may be held in detention from the time and indictment is filed until proceedings in the matter commence. (...)

At the end of 2006, approximately 1,800 detainees were held in detention until the end of proceedings for periods of up to one year, and 189 detainees for periods longer than one year. The figures for the previous five years are even bleaker: at the end of 2001, 231 detainees were held in detention until the end of proceedings for periods of over one year (of these, 85 were held for more than two years; and at the end of 2004, 671 detainees were held in such detention for more than one year (of those, 78 were held for more than two years).

20 (The Right to Present Evidence and Witnesses)

The proceedings of a trial from beginning to end – including the presentation of arguments, interrogation of witnesses, examination of evidence and presentation of closing argument – scarcely exist in the Military Courts. In 2006, for example, of the 9,123 cases concluded that year, only 130 cases – 1.42% of the cases concluded that year – were concluded after a full evidentiary stage consisting of the presentation of evidence and interrogation of witnesses. Instead, the Military courts operate on a plea-bargain basis: according to the Chief Military Prosecutor, about 95% of the cases in the Military Courts conclude in plea-bargains. (...) Palestinian defendants and their families tend to lack trust in the military judiciary system and thus prefer to reach a plea-bargain rather than leave the verdict in the hands of the judge. As a consequence, plea-bargains have in effect replaced full legal proceedings in the Military Courts. [Bei “plea-bargains” schließen Anklage und Verteidigung einen Kompromiss, unabhängig von der tatsächlichen Schuld oder Unschuld des Angeklagten. Palästinensische Anwälte lassen sich auch deshalb zuletzt mehr und mehr darauf ein, weil sie befürchten, dass ihre Klienten am Ende eines langwierigen und – wie gezeigt – für sie schwierigen Verfahrens (noch zusätzlich) dafür bestraft werden, dass sie sich nicht auf einen Deal mit der Anklage eingelassen haben. Den Gerichten ersparen diese verabredeten Strafen natürlich viel Arbeit und Mühe. G.K.]

22 (Minors)

International human rights law grants special protections to minors standing trial and emphasizes the need to special treatment, rehabilitative penalties, showing respect regarding their privacy, and thorough and continued training of officials coming in contact with them – judges, prosecutors, police officers and the like. The IDF (Israeli Defense Forces, G.K.) has refrained from establishing a special juvenile court – as exists in Israel, for example – in the OT (Occupied Territories, G.K.), and minors stand trial in the ordinary Military Courts, under the same framework of legal proceedings as adults; those prosecuting and judging them have no training in dealing with minors. The Military Courts have no “closed door” policy while deliberating matters concerning minors, although Security Legislation allows such a policy.

Auf seiner Website berichtet Yesh Din von seinen Untersuchungen über Verfahren gegen landwirtschaftlichen Vandalismus der Siedler, der sich hauptsächlich gegen Olivenhaine oder -bäume richtet, die palästinensischen Bauern gehören. Aus der Fallstatistik über die letzten vier Jahre geht hervor, dass es in den 69 Fällen, in denen die Polizei einer Anzeige nachgegangen ist, zu keiner einzigen Anklageerhebung gekommen ist. Die israelische Armee bezeichnete die letzte Saison der Olivenernte als „ruhig“. Yesh Din hat demgegenüber jedoch Berichte erhalten, in denen von Dutzenden von Fällen die Rede war, in denen Hunderte von Bäumen in dieser Zeit beschädigt wurden. Wörtlich heißt es abschließend (www.yesh-din.org/index.php?lang-en, 11.1.2010):

Lior Yavne, Yesh Din’s Research Director, said the „the law-enforcement authorities are not responding to the ongoing harm done to the livelihood of Palestinian families. When investigating damage to trees, the SJ Police (damit ist die israelische Polizei in „Samaria“ und „Judäa“ gemeint, G.K.) failure rate is 100%.”

3.3 US State Department: Country Reports on Human Rights Practices 2008

Das Außenministerium der USA veröffentlicht seit Mitte der sechziger Jahre jährlich einen ausführlichen Bericht über die Menschenrechtspraxis aller Länder in der Welt, mit Ausnahme der USA. (Das liegt daran, dass dieser Bericht vom Congress zur Meinungsbildung über die Auslandshilfe angefordert wird.) Diese Reports sind im Laufe der Zeit auf weit über 1000 Seiten angewachsen und können als eine der besten, wenn nicht sogar die beste Quelle zum Thema gelten. Sie sind nicht nur sehr umfangreich, sondern auch umfassend. Sie behandeln in einer differenzierten Gliederung alle Menschenrechtsbereiche, vom Respekt für die Integrität der Person, einschließlich aller relevanten persönlichen Freiheitsrechte (Sektion 1) über die bürgerlichen Freiheiten (Sektion 2), den Respekt für politische Rechte, hier das Recht auf freie Wahl der Regierung (Sektion 3), die Einstellung der Regierung zur Überprüfung von möglichen Menschenrechtsverletzungen durch internationale staatliche und Nichtregierungs-Organisationen (Sektion 4), die Diskriminierung, den sozialen Missbrauch und den Menschenhandel (darunter auch die Diskriminierung ethnischer oder nationaler Minderheiten, Sektion 5) bis zu den Rechten der Arbeiterschaft (Sektion 6).

Im Unterschied zu den Nichtregierungs-Organisationen, denen es darauf ankommt, Verletzungen von Menschenrechten zu veröffentlichen und anzuprangern, um so politische Veränderungen zu erreichen, zeichnen die *Country Reports* ein Gesamtbild, das die Einhaltung der Menschenrechte einschließt. Es wird ausdrücklich in allen Bereichen auch dann berichtet, wenn ein Staat die entsprechenden Menschenrechte beachtet. Das verleiht diesen Reports eine besondere Objektivität auch für den Vergleich zwischen verschiedenen Ländern.

Aus den genannten Gründen dokumentiere ich besonders ausführlich Auszüge aus den *Country Reports on Human Rights Practices* für 2008, die im Februar 2009 veröffentlicht wurden und auf der Website des State Department einzusehen sind, und zwar aus dem Kapitel *Israel and the Occupied Territories*.

Dieser Länderbericht behandelt das Kernland Israel und die besetzten Gebiete getrennt, in den besetzten Gebieten werden die Menschenrechtsverletzungen durch Hamas in Gaza bzw. die palästinensische Autorität in der West Bank in gleicher Weise systematisch und umfassend thematisiert. (Ich gehe auf die „andere Seite“ wieder nicht ein, nicht weil sie weniger problematisch wäre, sondern weil sie nicht mein Thema ist und Menschenrechtsverletzungen eines anderen Staates, auch wenn es die eigenen Bürger betrifft, grundsätzlich keine Rechtfertigung für eigene Menschenrechtsverletzungen sein können.) Der *Country Report* bringt in allen Sektionen sowohl zusammenfassende Bewertungen als auch zahlreiche, teilweise auf Vollstän-

digkeit zielende empirische Einzelbelege. Ich dokumentiere gelegentlich auch die Einzelfälle, um die Aussagen zu verdeutlichen und zu veranschaulichen.

Der genannte Report des State Department dokumentiert im ersten Teil nachdrücklich, dass es sich beim israelischen Kernland um eine rechtsstaatliche Demokratie handelt. Zahlreiche „kleinere“ Defizite, die hier genannt werden, finden sich alle auch bei anderen Demokratien westlichen Typs. Besonders auffällig sind jedoch zum Teil erhebliche strukturelle Benachteiligungen und Diskriminierungen der israelischen Araber und der Beduinen. Nach meiner Einschätzung ist das der Hauptgrund dafür, dass die im übernächsten Unterkapitel zitierte „Political Terror Scale“ Israel selbst nicht mit „Level 1“, sondern nur Level 2 oder 3 (von fünf möglichen) bewertet.

Ganz anders sieht es in den besetzten Gebieten aus, auch dort wo Israel für das Rechtssystem und die Rechtsprechung zuständig ist. Zwar findet der *Country Report* auch hier noch rechtsstaatliche Elemente, insgesamt jedoch kommt auch er zu einem verheerenden Ergebnis. Diejenigen Aussagen, die meine Ausgangsthese in besonderer Weise unterstützen, betone ich doppelt, das heißt ich schreibe sie fett und kursiv:

Occupied Territories

Both Israeli and Palestinian nongovernmental organizations (NGOs) reported that Israeli authorities used excessive force, abused civilians and detainees, tortured Palestinian detainees, failed to take proper disciplinary actions, improperly applied security internment procedures, maintained austere and overcrowded detention facilities, imposed severe restrictions on internal and external freedom of movement, and limited cooperation with NGOs. A partially completed Israeli-built separation barrier isolated portions of the West Bank and restricted Palestinian movement and access to West Bank land west of the barrier.

Section 1 Respect for the Integrity of the Person, Including Freedom From:

a. Arbitrary or Unlawful Deprivation of Life

(...)

The IDF conducted numerous incursions into Palestinian areas to carry out arrest operations and kill suspected terrorists. Palestinian gunmen fired on Israeli forces and booby trapped homes and apartment buildings. In response, the IDF raided and often destroyed buildings allegedly harboring militants. These actions often resulted in civilian casualties. Multiple incursions in Jenin and Nablus hampered the PA's efforts to deploy its own security forces.

Israeli NGO B'Tselem estimated that 39 percent of the 444 killed during Israeli military and police operations through November were civilians not taking part in the hostilities at the time of their death. According to the Palestine Red Crescent Society (PRCS), 1,807 Palestinians were injured during the year by live ammunition, rubber-coated bullets, tear gas, and blast shrapnel. (...)

On July 29, in one of several incidents connected to protests against construction of the separation barrier near Na'alín village, 11-year-old Ahmed Moussa was shot with live fire by an IDF soldier responding to demonstrations near the village. On August 4, Yousif Ahmed Amira died after being shot by IDF soldiers in the head with two rubber-coated bullets on July 30. On August 17, an internal affairs unit at the Ministry of Justice informed B'tselem it had opened an investigation into Amira's death. No additional information was available at year's end. (...)

According to a September study by the Israeli NGO Yesh Din, the Israeli Military Police Criminal Investigation Division launched 1,246 criminal investigations between September 2000 and December 2007 into cases in which soldiers were suspected of killing, injuring, and committing criminal offenses against Palestinian civilians. Of the 1,246 investigations opened, 6 percent (78) led to indictments against a total of 135 soldiers. As of September, 113 had been convicted of at least one offense, four had been acquitted of all charges, eight had their cases dismissed, and 10 cases were still pending. (...)

In January 2007 10-year-old Abir Aramin died from a wound to the back of the head as she was leaving school during clashes between Israeli Border Police and Palestinians. The Jerusalem District Prosecutor closed the investigation for lack of evidence. In September 2007 the Israeli NGO Yesh Din appealed, alleging that according to 14 witnesses and independent Israeli pathologist Dr. Chen Kugel, she was shot with a rubber-coated bullet while running away. On February 12, the State Prosecutor's Office denied Yesh Din's petition to reconsider the decision to close the investigation.

There were no developments in the following 2007 killings of Israelis in the West Bank: Erez Levanon, Ahikham Amihai, David Rubin, or Ido Zoldan.

There were no developments in the 2007 killings outside Beit Hanoun by a shell fired from an IDF tank of eight-year-old Mahmoud Mousa Hassan Abu Ghazala, 11-year-old Yahya Ramadan Atiyyah Abu Ghazala, and eight-year-old Sarah Suliman Abdallah Abu Ghazala.

There were no investigations into the 2007 IDF killings of Jihad Khalil Hussein al-Shaer or Muhammad Ali Mesbah Jabarin, and no charges were brought in the 2007 IDF killing of Anan Muhammad Assad al-Tibi.

There were no developments in the investigation started in March 2007 into the 2006 IDF killing of Palestinian Nafia Abu Musaid.

On February 26, the IDF advocate general announced that no military police investigation would be launched into the 2006 IDF artillery shelling in the Gazan town of Beit Hanoun, which killed 19 Palestinians and injured others. The advocate general attributed the incident to a malfunction in the artillery control system.

There were no developments in the 2006 killings of Abu Yusif, military leader of the terrorist Popular Resistance Committees (PRC); Brigadier General Jad al-Tayeh of the GI and his four bodyguards; and three children of a senior PA intelligence officer and their driver.

On April 28, the Jerusalem District Court sentenced border policeman Yanai Lazla to six and a half years in prison. Lazla was one of four officers prosecuted for the 2002 Hebron killing of 17-year-old Imran Abu Hamdiyah, who was beaten and ejected from a moving police vehicle. On July 1, Lazla failed to appear to begin serving his sentence. In 2005 the first of the four officers was sentenced to four and a half years' imprisonment. At year's end the trial of the remaining two officers continued.

(...)

c. Torture and Other Cruel, Inhuman, or Degrading Treatment or Punishment

(...) Israeli law, as interpreted by a 1999 High Court decision, prohibits torture and several interrogation techniques but allows "moderate physical pressure" against detainees considered to possess information about an imminent terrorist attack. The decision also indicates that interrogators who abuse detainees suspected of possessing such information may be immune from prosecution. Human rights organizations reported that "moderate physical pressure" has been used in practice to include beatings, requiring an individual to hold a stress position for long periods, as well as painful pressure on shackles and restraints applied to the forearms.

Incidents of IDF abuse of Palestinian detainees continued to be a significant problem. Abuses did not appear to be limited solely to certain units, but incidents involving the Kfir Brigade were particularly prominent. The IDF said it made efforts to retrain the brigade through simulations and workshops facilitated by human rights organizations, but there were reports that such training did not eliminate incidents of abuse. The IDF attributed an increase in incidents to growing willingness among commanders to report abuses. (Es folgen Beispiele)

Israeli law prohibits forced confessions, but a detainee may not have legal representation until after interrogation, a process that may last weeks. Most convictions were based on confessions made during this period. Detainees sometimes stated in court that their confessions were coerced, but in previous

years Israeli NGOs reported there were no instances of judges excluding such confessions. In May 2007 B'Tselem and HaMoked (Zentrum für die Verteidigung des Individuums, eine israelische Menschenrechtsorganisation, die Palästinensern in Rechtshilfe gewährt, G.K.) reported that isolation from the outside world is a common Israel Security Agency (ISA or Shin Bet) practice whereby detainees are prevented from meeting with attorneys, International Committee of the Red Cross (ICRC) representatives, and their families during the initial period of interrogation or for its duration. They also reported sleep deprivation, protracted handcuffing, insults and humiliation, threats, and naked body searches.

Israeli human rights organizations reported that Israeli interrogators used psychological abuse more frequently in recent years, including threats of house demolition or of questioning elderly parents, and kept prisoners in harsh conditions, including solitary confinement for long periods. In October 2007 PCATI (Public Committee Against Torture in Israel, G.K.) submitted a letter to the attorney general citing three cases in which family members were detained allegedly to put psychological pressure on detainees. In his response the attorney general agreed that such actions were not appropriate and stated that the ISA agreed to refrain from such methods. On April 13, PCATI submitted a report to the Knesset Constitution, Law, and Justice Committee, documenting its allegations.

For example, on February 1, the ISA arrested and began interrogating Jalal Sawafta. After six days of interrogation, Sawafta's parents were brought to the interrogation room and asked to convince Sawafta to confess to involvement in rigging a car to explode. The ISA interrogator allegedly threatened to demolish the family home if Sawafta's parents did not convince Sawafta to confess. On February 28, PCATI filed a complaint with the Ministry of Justice and received a response indicating the complaint would be investigated. No results had been released at year's end.

In May 2007 Israeli NGOs B'Tselem and HaMoked published a report alleging serious abuses of detainees from the occupied territories in Israeli detention facilities. The report stated that from 2001 to 2006, the State Attorney's Office failed to launch criminal investigations into any of over 500 complaints of ill treatment by ISA interrogators. It also found that in two thirds of 73 cases examined, detainees claimed that ISA interrogators used one or more forms of abuse. In December 2007 PCATI reported that from January 2005 to July 2007 the Military Prosecutor's Office received 138 complaints of physical abuse against IDF soldiers, filed six indictments, and initiated three disciplinary actions.

There were no updates in the following 2007 cases: Amin Saud Mahmoud Hasuna and his brother, Yasser, and Jalal al-Batsh.

In January 2007 the Hebron police opened an investigation into Jewish Quarter resident Yifat Alkobi's verbal and physical assault on the Abu Aysha family, which was documented on video and broadcast on the media. At year's end there was no information available on the status of the investigation.

There were no developments in the 2007 beating of children from the Abu Hatah family in Hebron by settlers from Kiryat Arba or in the 2007 case of 15 Israelis from Ma'on settlement, who attacked two shepherds from Mufaqrara.

There were no further developments or investigations had not concluded in the following 2006 claims of beatings and other abuse: of an ISA detainee from the village of Koud at Kishon Detention Center, or by IDF soldiers at al-Fawar checkpoint, in Ramin Plain, and in Bil'in village.

There was no investigation of the 2006 attack by a group of Israeli settlers seriously injuring a European woman escorting Palestinian schoolchildren in Hebron. (...)

d. Arbitrary Arrest or Detention

(...)Israeli law prohibits arbitrary arrest and detention, but the security services did not always observe these prohibitions. Palestinian security internees were under the jurisdiction of military law, which permits 10 days' detention without seeing a lawyer or appearing before court. There is no requirement that a detainee have access to a lawyer until after interrogation, a process that may last weeks. The ICRC (das Internationale Rote Kreuz, G.K.) is required to be notified of arrests within 12 days after they occur and allowed to visit detainees within 14 days after the arrest. (...)

Arrest and Detention

(...) On July 23, IDF soldiers arrested Jamal Hussein Amira during a protest against the separation barrier near Na'alín village. Amira's daughter filmed the July 7 shooting of a handcuffed and blind-

folded Palestinian by an IDF soldier. Human rights activists expressed concern that the arrest may have been in retribution for the family's role in exposing the previous IDF abuse. A military judge agreed, noting that out of all those protesting at the time, it was the girl's father who was arrested. The charges were dismissed for lack of evidence. (...)

Palestinians transferred to prisons in Israel had difficulty obtaining legal representation because only Israeli citizens or Palestinian lawyers with Jerusalem identification cards were permitted to visit them. Israeli authorities in some instances scheduled appointments but then moved the prisoners to other prisons reportedly to delay lawyer-client meetings.

The Israeli government often failed to notify foreign consular officials in a timely manner after detaining their citizens in the occupied territories.

e. Denial of Fair Public Trial

(...) IDF restrictions on access and movement throughout the West Bank significantly impacted the PA's (Palestinian Authority, G.K.) efforts to improve administration of justice. Palestinian lawyers and judges reported frequent delays of several hours and difficulty obtaining approval to transport prisoners across checkpoints.

Israeli law provides for an independent judiciary, and the government generally respected civil court independence in practice. The IDF (Israeli Defense Forces, G.K.) tried Palestinians accused of security offenses in military courts. The law defines security offenses to include charges as varied as rock throwing or membership in terrorist organizations. Israeli military courts rarely acquitted Palestinians charged with security offenses; sentences occasionally were reduced on appeal. (...)

Trial Procedures

(...) The Israeli government sometimes delayed trials for extended periods, occasionally for years, because security force witnesses did not appear, the defendant was not brought to court, files were lost, or travel restrictions delayed attorneys. Palestinian legal advocates claimed that delays were designed to pressure defendants to settle their cases, including crowded facilities, poor arrangements for scheduling and holding attorney-client consultations, and confessions prepared in Hebrew that hindered defense efforts. (...)

Property Restitution

Israeli authorities confiscated Palestinian property for construction of the separation barrier or military installations. In some cases, the IDF offered some compensation; however, Palestinians largely declined due to concern that this would legitimize the confiscations. Due to documentation issues dating from the Ottomans and a land tenure system with communal, family, and individual rights commingled, Palestinians have had difficulty attempting to prove ownership in Israeli courts (see section 1.f.).

On June 16, the IDF confiscated 89 acres of land to expand a military base near the settlement of Roi. Palestinian officials claimed the land was privately owned Palestinian land and expressed concern that the confiscation would cut off access to the village of al-Hadidiya.

On October 31, the IDF razed Bedouin dwellings in communities south of Hebron and east of Ramallah, leaving 142 homeless, according to media reports. The Israeli planning rights NGO, Bimkom, in a June report, said Israeli data showed that between 2000 and September 2007: 4,820 buildings received demolition orders in area C, which is designated under the Oslo accords as West Bank land under full Israeli civil and military authority; 1,626 buildings were demolished; and 1,624 applications for building permits in area C were submitted by Palestinians, of which 91 permits (5.6 percent) were approved.

In a 2006 study based on official data, the Israeli NGO Peace Now concluded that 38.7 percent of the 15,271 acres occupied by Israeli settlements, outposts, and industrial zones in the West Bank was privately owned Palestinian property, and that West Bank settlements violated Israeli law and juridical decisions. The Israeli Yesha settlement council condemned the report on technical and substantive grounds.

A July 2007 OCHA (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, G.K.) report on the humanitarian impact of Israeli settlements concluded that 40 percent of West

Bank land includes Israeli infrastructure including 1,032 miles of roads, military bases, nature reserves, settlements, and outposts. According to the Israeli Central Bureau of Statistics (ICBS), the population of Israeli settlements grew 5.6 percent in 2006-07, while Israel's population grew 1.6 percent. There were no updated statistics available during the year. ICBS also reported that the number of starts on new construction in settlements was 42 percent higher between January and June than in the same period in 2007. (...)

f. Arbitrary Interference with Privacy, Family, Home, or Correspondence

(...) Israeli authorities limited Palestinian home construction, notably in East Jerusalem. The municipality of Jerusalem demolished 88 houses in East Jerusalem during the year because they were defined by the Israeli government as illegal. Additional demolitions of houses by the IDF in Jerusalem were not tracked by the municipality. The NGO Israeli Committee Against Home Demolitions recorded a total of 93 demolitions in Jerusalem during the year. Israeli authorities generally restricted Palestinian home building elsewhere in the West Bank and near Israeli settlements. According to OCHA, 110 homes were demolished in the West Bank and Gaza, leaving 489 Palestinians homeless.

During the year the IDF destroyed numerous citrus, olive, and date groves and irrigation systems in Gaza, stating that Qassam rockets were being fired from those areas. For example, on January 6, the IDF carried out land-leveling operations in conjunction with a military operation in al-Bureij camp in Gaza, uprooting 20 acres of olive trees. On January 23, IDF bulldozers operating on agricultural land northeast of Beit Hanoun uprooted approximately 85 acres of olive and citrus trees.

As in previous years, there were numerous incidents of vandalism of Palestinian olive groves by Israeli settlers. On October 2, following the IDF evacuation of the illegal outpost at Shavut 'Ami, settlers burned 2.5 acres of land belonging to farmers from Immatin village near Qalqiliya, destroying an estimated 100 olive trees. On October 11, settlers from Yitzhar injured three Palestinians and cut down 18 olive trees before IDF soldiers intervened.

During the year violent attacks by settlers against Palestinians increased significantly. On June 20 and July 21, settlers from Yitzhar and Har Bracha settlements launched multiple improvised rockets at nearby Palestinian villages. Israeli police arrested Gilad Herman, a student at Od Yosef Hai Yeshiva in Yitzhar following an investigation of the June 20 incident. On July 28, a Molotov cocktail attack on a house on the outskirts of Burin, next to Har Bracha, caused significant damage when it landed in a child's crib. The family was not at home.

Palestinian villages in the south Hebron hills and south of Nablus were particularly affected. The press widely covered a June 8 attack on Tamam al-Nawajah and two other members of her family who were farming near Susiya settlement. Press coverage was in large part due to the availability of footage taken by a member of al-Nawajah's family. On June 17, Israeli police arrested three residents of Susiya in connection with the assaults. They were later released for lack of evidence. At year's end the investigation continued.

On July 5, settlers from Ashael tied Madahat Abu Kirash to a telephone pole and beat him. The incident was also filmed and widely reported in the press. A spokesman for a South Hebron Hills settler organization denied involvement and alleged that Palestinians or leftist activists had staged the attack. Israeli police arrested three people who were released to house arrest with electronic monitoring bracelets pending trial. They were prohibited from entering the West Bank.

Israeli authorities arrested 19-year-old Daniel Avraham, a settler from Yitzhar settlement, and charged him on August 25 with possession of weapons and endangering lives on a road in an August 1 attack in which a large stone thrown onto a vehicle wounded a pregnant woman and two of her daughters. At year's end no additional information was available.

In September Yesh Din reported that Israeli police regularly failed to bring charges in cases of alleged settler violence against Palestinians. A continuing review of 205 cases determined that 163 files had been closed, with 13 resulting in indictments and 149 closed without charges. The most common reasons cited were lack of evidence and unknown identity of the attacker.

Section 2: Respect for Civil Liberties, Including:

a. Freedom of Speech and Press

(...) Israeli authorities limited freedom of expression, ordering that in East Jerusalem displays of Palestinian political symbols were punishable by fines or prison, as were public expressions of anti-Israeli sentiment and of support for terrorist groups. Israeli authorities censored coverage of the Intifada and reviewed Arabic publications for security-related material. (...)

In July 2007 al-Aqsa television cameraman Imad Ghanem was shot by IDF soldiers while covering an IDF operation in al-Barij Camp in Gaza and subsequently lost both legs. RSF (Reporters Sans Frontières, G.K.) called for an investigation, but there was no known investigation by year's end. (...)

Intellectual Freedom and Cultural Events

(...) Israeli authorities prevented many Palestinian cultural events that they reportedly perceived to be associated with Palestinian political ambitions. Seven times during the year, including most recently on November 21, the Ministry of Interior closed the Palestinian National Theater, al-Hakawati, for lack of proper licenses. The theater and event organizers claimed the performances did not require a license and that the closures were intended to reduce Palestinian cultural activity in Jerusalem.

b. Freedom of Peaceful Assembly and Association

(...) Israeli security forces used force against Palestinians and others involved in demonstrations, and military orders banned public gatherings of 10 or more persons without a permit. Since 2005 Palestinian, Israeli, and international activists demonstrated each week in Bil'in village to protest the construction of the separation barrier. On several occasions, soldiers tear gassed, beat, or injured them with rubber bullets. (...)

d. Freedom of Movement, Internally Displaced Persons, Protection of Refugees, and Stateless Persons

The Basic Law provides for freedom of movement, and the PA generally did not restrict freedom of movement.

The IDF restricted the movement of Palestinians and frequently heightened these restrictions citing military necessity. These restrictions on movement affected virtually all aspects of life, including access to places of worship, employment, agricultural lands, schools, hospitals, and the conduct of journalism and NGO activities.

The Israeli government continued construction of a separation barrier along parts of the Green Line (the 1949 Armistice line) and in the West Bank. As of September, 57.2 percent of the route of the separation barrier was completed, 8.6 percent was under construction, and 34.2 percent was not yet constructed. The route of the barrier separated approximately 9.5 percent of the West Bank, totaling approximately 135,000 acres, including East Jerusalem, from the rest of the West Bank. Areas near the barrier or its projected route are designated military zones where Palestinians were not able to obtain building permits.

A 2004 International Court of Justice advisory opinion concluded that construction of the barrier was in a number of aspects contrary to international law. In 2005 the High Court reaffirmed its 2004 decision that the barrier is permissible under both international and Israeli law if properly routed; however, it questioned whether a segment near Jerusalem in the West Bank utilized the least intrusive route available and asked the government to consider an alternative. The High Court has ordered the government to reroute three specific sections of the barrier. At year's end the government had not begun to implement the 2005 ruling regarding the barrier near Alfe Menashe settlement or the September 2007 ruling regarding the portion near Bil'in village. In November work implementing the 2006 ruling on the routing near 'Azzun and Nebi Alias villages began.

Palestinians filed a number of cases with the Israeli High Court challenging the route of the barrier, several of which remained active at year's end. In September 2007 the High Court ordered the IDF to redraw, partially dismantle, and rebuild the route of a 1.1 mile section of the barrier around Bil'in that

separated Palestinian residents from much of their farmland. The High Court instructed the IDF to present a revised plan within a reasonable period of time and explicitly required a parcel of land belonging to the village allocated for expansion of the settlement of Modiin Ilit to be placed on the Palestinian side of the barrier. During the year two proposed reroutings were offered by the IDF, each of which was rejected for not meeting the requirements of the September 2007 court decision. At year's end following a December 15 ruling against the most recent proposal, the IDF was drafting a third draft revision to the routing of the existing barrier.

During the year Israeli authorities required thousands of Palestinian schoolchildren who resided on the eastern side of the barrier to transit gated checkpoints to attend school in East Jerusalem. Students from Bir Nabala, which is surrounded by the barrier, were prohibited from crossing near their homes; instead, they were forced to take hour-long detours of seven to 10 miles to pass Rafat/Masyion and Qalandiya checkpoints to reach school.

Near Jerusalem, Highway 443 crosses the West Bank southwest of Ramallah and since 2006 has been restricted by military order from use by nearly all Palestinians. On March 5, the Israeli High Court deferred a decision on the legality of Highway 443 until an update could be provided on the progress of an alternate road for use by Palestinians, effectively sanctioning the restrictions in place at the time. Human rights organizations said that land for Highway 443 had originally been expropriated for the purpose of improving transportation for Palestinians between Ramallah and outlying villages.

In "seam-zone" communities in the West Bank, located between the separation barrier and the Green Line, Israel requires Palestinians to obtain residency permits to remain in their homes. Services for these communities are generally located on the east side of the separation barrier, so children, patients, and workers must pass through barrier gates to reach schools, health services, and workplaces. Gates are neither open around the clock nor are ambulances allowed free access.

In the aftermath of terrorist attacks or during military exercises, Israeli authorities prohibited travel between some or all West Bank towns. Such "internal closures" were supplemented, during periods of potential unrest and during major Israeli, Jewish, and Muslim holidays, by "comprehensive, external closures," which precluded Palestinians from leaving the West Bank. The IDF imposed temporary curfews confining Palestinians to their homes during arrest operations; the West Bank was under curfew a total of 873 hours in 2007.

Since June 2007 Israel has enforced a strict blockade of Gaza, seriously impeding people and goods from entering or leaving. Virtually no humanitarian goods or fuel entered Gaza between November 5 and December 25 during a flare-up of hostilities between Israel and Hamas. Israel permitted additional humanitarian goods to enter Gaza immediately prior to and during IAF airstrikes that began on December 27. The shortages of fuel caused by the closure resulted in widespread blackouts throughout Gaza and damaged electrical grid infrastructure. Israeli prohibition of access to Gaza beginning in early November for foreign journalists resulted in widespread protests by international news agencies. Israel also denied entry to Gaza to foreign staff of international NGOs working in Gaza from November 4 until the end of the year.

In response to Qassam rocket fire, the IDF announced in 2005 that Palestinians should keep a distance of 460 feet from the Gaza perimeter fence and declared the former northern settlement block a "no-go" zone. Entry into this area for the 250 Palestinian residents requires prior coordination with the IDF. Although the official buffer remained 460 feet, Palestinians were often prevented from approaching areas as far as 3,280 feet from the fence in some areas. According to OCHA, since May 2007, due to continuing IDF military activities, Palestinian farmers have been unable to reach their farms in the area.

Access to Israel and Egypt for medical treatment by Gazans continued to be highly restricted. However, between February and March, several hundred medical patients were allowed to leave Gaza using shuttles. On August 4, Physicians for Human Rights reported that the ISA questioned patients transiting Erez checkpoint from Gaza and could refuse passage to persons refusing to provide intelligence information to ISA. Jerusalem-based ambulances were not permitted to serve Palestinian patients in nine communities located within the Jerusalem municipality but isolated by the separation barrier. PRCS ambulances from the West Bank were subjected to delays or refused entry to Jerusalem by IDF soldiers at checkpoints. PRCS employees reported being objects of verbal or physical abuse on 30 occasions through October.

According to OCHA (United Nations Organisation for the Coordination of Humanitarian Affairs, G.K.), as of September, in the West Bank there were 630 obstacles to movement, including 75 fully

manned checkpoints, 18 occasionally manned checkpoints, 230 earth mounds, 68 cement roadblocks, 97 road gates, 46 earthen walls, 22 trenches, and 74 road protection fences. There were an additional 69 obstacles in the H2 area of Hebron not otherwise counted as staffed checkpoints which OCHA counted separately from the total number of obstacles. During the year of the 71 gates or checkpoints along the separation barrier, 40 were accessible only to Palestinians in possession of permits. Operating hours of the accessible gates were limited and although schedules were announced, openings and closings were erratic. Closure of major checkpoints was at times arbitrary and hindered Palestinians from reaching workplaces, school, places of worship, and health services. Between January and October, OCHA recorded 3,078 “temporary” checkpoints in the West Bank, a weekly average of 76.2, due to arrests or other operations. Over the same period Israeli forces made 3,341 arrests.

Israel continued to restrict access to the Jordan Valley by Palestinians residing in other areas of the West Bank. Highway 90, the main north-south highway in the Jordan Valley, was not explicitly restricted from use by Palestinians, but Palestinians not resident in the valley have been prohibited from driving cars across the four main access points since April 2007.

Palestinians in the Israeli-controlled section of Hebron (H2), according to OCHA, faced 78 significant obstacles to movement. According to a November-December 2006 B'Tselem survey, these policies have since 2000 resulted in Palestinians abandoning more than 1,000 homes (40 percent of all Palestinian homes) and at least 1,829 (more than 76 percent) businesses in H2.

West Bank and Gaza residents can enter Jerusalem only with an Israeli-issued travel permit. During the year Israeli authorities prohibited passage between Gaza and the West Bank, except for a very limited number of Palestinians holding Israeli permits. During the month of Ramadan, only Palestinian men over 50 and women over 45 were permitted to enter Jerusalem without a permit. Palestinians under the age limit were required to obtain a permit.(...)

Section 4: Governmental Attitude Regarding International and Nongovernmental Investigation of Alleged Violation of Human Rights

(...) Israeli, Palestinian, and international NGOs monitored the Israeli government's practices in the occupied territories and published their findings, although the security situation, including closures in the West Bank and fighting and access restrictions in Gaza, increasingly made it difficult to carry out their work. The Israeli government permitted human rights groups to publish and hold press conferences and provided the ICRC and other groups with access to detainees.

The IDF entered UNRWA (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East, G.K.) facilities 14 times during the year, causing some damages, usually in the course of arrest operations in the West Bank. PA security forces in the West Bank entered UNRWA facilities twice. UNRWA recorded multiple incidents during the year of UN staff being harassed or having weapons pointed at them by IDF soldiers at checkpoints. (...)

Section 5: Discrimination, Societal Abuses, and Trafficking in Persons

(...) *Children*

According to the Jerusalem-based NGO Ir Amim, 48 new classrooms were built in East Jerusalem between 2001-06 after a 2001 Israeli High Court order that the municipality build 245 new classrooms within four years. On September 9, two additional schools containing a total of 46 classrooms were inaugurated in the East Jerusalem neighbourhood of Umm Lison. Ir Amim, citing a 2006 study by the Knesset Education Committee, stated that by 2010 the projected shortfall of classrooms in East Jerusalem would be 1,900. (...)

The IDF used minors as human shields; Palestinian terrorist groups used minors to conduct attacks, smuggle weapons, and act as human shields. OCHA reported that between January 1 and December 23, 71 children were killed in Gaza by the IDF. Palestinian factional violence killed 15 children in Gaza over the same period. In the West Bank, 17 children were killed, including 13 by the IDF, two by Israeli settlers, and one by Palestinians. Excluding the final week of the year in Gaza, a total of 618 children were injured in the West Bank and Gaza. The IDF and Israeli settlers were responsible for 99 percent of the 397 injuries to children OCHA recorded in the West Bank (352 were reported as injured by the IDF and 41 by Israeli settlers).

3.4 Amnesty International

Amnesty International ist die wohl bekannteste internationale nicht-staatliche Menschenrechtsorganisation. Sie dokumentiert in zahlreichen Stellungnahmen und in ihren regelmäßigen Jahresberichten Menschenrechtsverletzungen in aller Welt, auch zu Israel und den besetzten Gebieten. Amnesty International macht sich damit nicht immer beliebt, auch in Israel wird die Organisation teilweise für Parteilichkeit kritisiert. Nach meinem Eindruck unterscheiden sich die aufgeführten Tatbestände, Fallgeschichten und Gesamteinschätzungen in der Sache jedoch kaum von denen der *Country Reports* des State Department. Ich zitiere aus zwei jüngeren Jahresberichten:

Jahresbericht 2007 (für das Jahr 2006, G.K.)

(...)

Der Krieg zwischen der Hisbollah und Israel

(...) Im Zuge des Konflikts begingen die israelischen Streitkräfte schwere Verstöße gegen die Menschenrechte sowie gegen humanitäres Völkerrecht, darunter auch Kriegsverbrechen. Insbesondere führten sie in großem Umfang wahllose und unverhältnismäßige Angriffe durch, richteten ihre Anschläge aber auch gezielt gegen die zivile Infrastruktur, um auf diese Weise das libanesisches Volk kollektiv zu bestrafen und die Bevölkerung und Regierung des Libanon zu veranlassen, sich gegen die Hisbollah zu wenden. Die Anschläge verfolgten ferner das Ziel, der militärischen Schlagkraft der Hisbollah Schaden zuzufügen. (...)

In den letzten Tagen des Krieges, nachdem bereits Einigung über die Bedingungen eines Waffenstillstands erzielt worden war, warfen die israelischen Streitkräfte Hunderttausende Streubomben mit bis zu vier Millionen Bomblets über dem Südlibanon ab. Dabei blieben rund eine Million nicht detonierte Bomblets zurück, durch die auch nach dem Ende des Konflikts Zivilpersonen getötet oder verstümmelt wurden. Rund 200 Menschen, unter ihnen etliche Kinder, sind bis Ende des Berichtsjahrs durch solche Bomblets getötet oder durch neu verlegte Landminen verletzt worden. Trotz wiederholter Forderungen stellte Israel den Bombenräumkommandos der Vereinten Nationen keine Karten mit den genauen Abwurforten der Streubomben zur Verfügung.

Tötungen von Palästinensern

Wiederholte Luft- und Artillerieangriffe der israelischen Streitkräfte gegen Ziele im Gazastreifen richteten sich oftmals auch gegen dicht besiedelte Flüchtlingslager und Wohngebiete. Rund 650 Palästinenser, davon die Hälfte unbewaffnete Zivilisten und etwa 120 Kinder, wurden im Berichtsjahr von israelischen Truppen getötet. Damit stieg die Zahl der Todesopfer gegenüber dem Vorjahr um das Dreifache an. Am 27. Juni startete die israelische Armee die Operation »Sommerregen«, nachdem zwei Tage zuvor Angehörige palästinensischer bewaffneter Gruppen einen Militärposten in Israel angegriffen und dabei zwei israelische Soldaten getötet und einen dritten – den Hauptgefreiten Gilad Shalit – entführt hatten. Die israelischen Angriffe wurden nach der Entführung von Gilad Shalit massiv verstärkt, nachdem bereits in den Monaten zuvor die israelischen Streitkräfte bei Luft- und Artillerieangriffen im Gazastreifen und im Westjordanland zahlreiche Palästinenser getötet hatten.

Am 9. Juni wurden sieben Mitglieder der Familie Ghalia – fünf Kinder und ihre Eltern – getötet sowie rund 30 weitere Zivilisten verletzt, als israelische Soldaten mehrere Artilleriegranaten auf einen Strand im Norden des Gazastreifens abfeuerten. Zu diesem Zeitpunkt war der Strand voller Menschen, weil viele palästinensische Familien dort das erste Wochenende der Schulferien verbrachten. Die israe-

lische Armee leugnete die Verantwortung für die Tötungen, lieferte jedoch keinen Nachweis für ihre Behauptung.

In den frühen Morgenstunden des 8. November wurden 18 Mitglieder der Familie Athamna getötet und zahlreiche weitere Zivilisten verletzt, als eine Salve von Artilleriegranaten auf ein dicht besiedeltes Wohngebiet in der im Norden des Gazastreifens gelegenen Ortschaft Beit Hanoun abgefeuert wurde. Die Opfer, unter ihnen Kinder, wurden im Schlaf getötet oder bei dem Versuch, vor dem Granatenbeschuss zu fliehen. Der Angriff dauerte etwa 30 Minuten, in denen rund zwölf Granaten in dem Wohngebiet einschlugen. Die israelischen Behörden äußerten ihr Bedauern über die Todesfälle und erklärten, die Häuser seien aufgrund eines technischen Fehlers irrtümlich getroffen worden. Forderungen nach Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission wiesen sie dagegen zurück. Der Angriff ereignete sich unmittelbar im Anschluss an eine sechstägige Kommandoaktion der israelischen Streitkräfte in Beit Hanoun mit dem Codenamen »Herbstwolken«, in deren Verlauf rund 70 Palästinenser ums Leben kamen. Bei der Hälfte der Opfer handelte es sich um unbewaffnete Zivilisten, mehrere Kinder sowie zwei freiwillige Helfer einer Notfallambulanz. Rund 200 weitere Personen, unter ihnen ebenfalls etliche Kinder, wurden im Zuge der Operation »Herbstwolken« verletzt.

Die meisten Palästinenser wurden im Gazastreifen getötet, aber auch im Westjordanland waren zahlreiche Todesopfer zu verzeichnen.

Am 17. März wurde die achtjährige 'Abd al-Rahman 'Ezzat Zayed von Angehörigen einer israelischen Sondereinheit erschossen. Sie war mit ihrem Onkel, der bei dem Vorfall schwer verletzt wurde, unterwegs in ein Krankenhaus, als in Yamun, einem unweit der Stadt Jenin gelegenen Dorf im nördlichen Westjordanland, das Feuer auf ihr Fahrzeug eröffnet wurde.

Am 19. Dezember erschossen israelische Soldaten in Fara'un, einem Dorf im Norden des Westjordanlandes, die 14-jährige Dua'a Nasser 'Abdelkader, als sie sich gemeinsam mit einer Freundin der israelischen Sperrmauer näherte. (...)

Anschläge durch israelische Siedler

Wiederholt griffen israelische Siedler im Westjordanland Palästinenser und ihr Eigentum an. Auch internationale Friedensaktivisten und Menschenrechtsverteidiger, die Anschläge auf Palästinenser dokumentieren wollten, gerieten zur Zielscheibe von Angriffen. Mehrere solcher Vorfälle ereigneten sich zur Zeit der Olivenernte in den Monaten Oktober und November, als palästinensische Bauern zu ihren Olivenplantagen gelangen wollten und israelische Siedler dies zu verhindern versuchten. Im Juni wies der Oberste Gerichtshof die israelische Armee und Polizei an, palästinensische Bauern, die auf ihrem Land arbeiten wollen, vor Angriffen der Siedler zu schützen. Daraufhin ging die Zahl der Anschläge zwar zurück, doch es gab noch immer Zwischenfälle, bei denen Siedler Palästinenser attackierten, ohne dass die anwesenden Angehörigen der israelischen Sicherheitskräfte einschritten. (...)

Straflosigkeit und Rechtsprechung

Im Dezember hob der Oberste Gerichtshof ein im Jahr zuvor verabschiedetes diskriminierendes Gesetz auf, welches Palästinensern, die Opfer von Übergriffen durch israelische Truppen geworden waren, Entschädigungszahlungen verweigert hatte. Dennoch gingen israelische Soldaten und Siedler, die für ungesetzliche Tötungen, Misshandlungen und andere Verstöße gegen die Menschenrechte von Palästinensern sowie für Angriffe auf deren Eigentum verantwortlich waren, zu einem großen Teil strafrei aus. Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen zur Aufklärung dieser Übergriffe waren selten und wurden gewöhnlich nur dann durchgeführt, wenn Menschenrechtsorganisationen oder die Medien sie aufgedeckt hatten. Im Gegensatz dazu gingen die israelischen Behörden mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen gegen Palästinenser vor, die der direkten oder indirekten Beteiligung an gegen Israel gerichteten Anschlägen verdächtigt wurden. Zu diesen Maßnahmen zählten Attentate, körperliche Misshandlungen und kollektive Strafen, die einen Verstoß gegen das Völkerrecht darstellen. **Palästinenser, die wegen Beteiligung an Anschlägen gegen Israelis verurteilt wurden, erhielten in der**

Regel lebenslange Freiheitsstrafen, die Militärgerichte gegen sie verhängten. Dagegen sprachen in den wenigen Fällen, in denen Israelis der Tötung oder Misshandlung von Palästinensern für schuldig befunden wurden, die israelischen Gerichte äußerst milde Strafen aus. (Meine Betonung, G.K.) (...)

Verletzung wirtschaftlicher und sozialer Rechte

(...) Die katastrophalen Auswirkungen der anhaltenden Blockaden und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit wurden durch die Beschlagnahmung von der Palästinensischen Autonomiebehörde zustehenden Steuergeldern durch die israelischen Behörden noch verstärkt. Dabei ging es um einen Betrag von rund 50 Millionen US-Dollar monatlich, was etwa die Hälfte des Etats der PA-Regierung ausmachte. Die Folge war, dass sich die humanitären Bedingungen in den besetzten Gebieten dramatisch verschlechterten und sich unter der palästinensischen Bevölkerung extreme Armut, Abhängigkeit von Nahrungsmittellieferungen, hohe Arbeitslosigkeit, Unterernährung und andere gesundheitliche Probleme ausbreiteten.

Die Bombardierung palästinensischer Infrastruktur durch die israelischen Streitkräfte verursachte Langzeitschäden und verstärkte die humanitäre Notlage der Palästinenser. Im Juni bombardierte Israel das einzige Elektrizitätswerk des Gazastreifens und schnitt damit die Hälfte der Einwohner dieses Gebiets von der Stromversorgung ab. Aber auch die Zerstörung von Brücken, Straßen und Einrichtungen der Wasserversorgung und des Abwassersystems führte dazu, dass die Bevölkerung während der heißesten Monate des Jahres ohne Strom und phasenweise auch ohne Wasser auskommen musste. Darüber hinaus bombardierten und zerstörten die israelischen Streitkräfte mehrere im Gazastreifen befindliche Ministerien der PA sowie andere Gebäude, in denen Wohlfahrts- und sonstige Organisationen ihren Sitz hatten, die Berichten zufolge der Hamas nahestanden. Bei diesen Angriffen wurde Wohneigentum in erheblichem Maße zerstört oder beschädigt, wodurch Hunderte Palästinenser obdachlos wurden.

Andere Palästinenser verloren ihr Obdach, nachdem die israelischen Behörden im Westjordanland und in Ost-Jerusalem ihre Häuser von Bulldozern niederwalzen ließen, weil diese ohne Genehmigung gebaut waren. Entsprechende Genehmigungen wurden von den israelischen Behörden verlangt, doch gleichzeitig machten sie es in diesen Gebieten lebenden Palästinensern unmöglich, eine Bauerlaubnis zu erhalten. Fehlende Baugenehmigungen wurden auch als Grund für die Zerstörung der Häuser von Zehntausenden israelisch-arabischen Beduinen herangezogen, die im Süden Israels lebten, deren Auflösung die israelischen Behörden anstrebten.

Jahresbericht 2009 (für das Jahr 2008, G.K.)

(...)

Blockaden und andere Einschränkungen

Die andauernde Blockade des Gazastreifens durch die israelischen Streitkräfte verschlimmerte die bereits hoffnungslose humanitäre Lage für die 1,5 Mio. Einwohner des Gebiets noch weiter. Sie führte zu Armut und Lebensmittelknappheit sowie zu Problemen bei der Gesundheitsfürsorge und bei der Abfall- und Abwasserentsorgung. Die israelische Militäroffensive brachte das Land Ende Dezember an den Rand einer humanitären Katastrophe. Bereits vor der Offensive war die lokale Wirtschaft gelähmt durch zu wenige Importe und ein Exportverbot. Engpässe bei fast allen Waren des täglichen Bedarfs führten zu starken Preissteigerungen, so dass rund 80% der Bevölkerung von internationaler Hilfe abhängig waren. Die UN und andere humanitäre Hilfsorganisationen sahen sich mit weiteren Einschränkungen konfrontiert, was ihre Möglichkeiten begrenzte, Hilfsgüter und Hilfsleistungen für die Bevölkerung von Gaza bereitzustellen, und mit höheren Einsatzkosten einherging. UN-Projekte zum Bau von Unterkünften für Familien, deren Häuser von der israelischen Armee in den vergangenen Jahren zerstört worden waren, mussten eingestellt werden, da es kein Baumaterial mehr gab. Schwer kranke Patienten, die dringend medizinische Hilfe benötigten, die in den Kliniken des Gazastreifens

nicht verfügbar war, saßen durch die Blockade im Gazastreifen fest. Das galt auch für Hunderte von Studenten und Arbeitern, die zu ihren Universitäten und Arbeitsplätzen im Ausland wollten. Nur wenige erhielten die Erlaubnis der israelischen Behörden, das Gebiet zu verlassen. Mehrere Patienten, denen die Ausreise aus Gaza verweigert wurde, erlagen später ihren Leiden. (...)

Im Westjordanland schränkten rund 600 israelische Militärkontrollpunkte und Straßensperren die Bewegungsfreiheit der Palästinenser stark ein. Sie wurden daran gehindert, Arbeitsplätze, Schulen und Ausbildungsstätten aufzusuchen sowie medizinische und andere Dienste in Anspruch zu nehmen. Die israelische Armee setzte den Bau der etwa 700 km langen Mauer bzw. des Zauns fort, die bzw. der überwiegend auf dem Gebiet des Westjordanlandes verläuft. Durch die Barriere wurden Zehntausende palästinensischer Bauern von ihrem Land abgeschnitten. Um zu ihren Feldern zu gelangen, benötigten sie eine Genehmigung, die ihnen häufig nicht erteilt wurde.

Palästinensern wurde außerdem der Zugang zu Gebieten des Westjordanlandes verwehrt, die sich in der Nähe von israelischen Siedlungen befinden, deren Errichtung und Erhalt gegen internationales Recht verstößt. Auch wurde Palästinensern die Nutzung von über 300 km Straße im Westjordanland verweigert oder erschwert, während die israelischen Siedler diese Verkehrswege ungehindert nutzen konnten. (...)

Tötungen palästinensischer Zivilisten

Durch israelische Luftangriffe und andere Militärschläge wurden etwa 450 Palästinenser getötet und Tausende verletzt, die meisten von ihnen im Gazastreifen im ersten Halbjahr 2008. Bis zu 50% der Getöteten waren Zivilisten, darunter etwa 70 Kinder. Die anderen waren Mitglieder bewaffneter Gruppierungen, die bei Überfällen oder gezielten Luftangriffen starben.

Hunderte weiterer Zivilisten wurden in den letzten Tagen des Jahres während der israelischen Militär-offensive getötet oder verletzt. Manche fielen gezielten Angriffen auf Zivilisten oder zivile Gebäude zum Opfer, andere willkürlichen und unverhältnismäßigen Angriffen. Viele der im ersten Halbjahr sowie während der Militäroffensive im Dezember getöteten Zivilisten verloren ihr Leben bei Luftangriffen und anderen Militärschlägen der israelischen Armee, die als Vergeltungsmaßnahmen für Angriffe bewaffneter palästinensischer Gruppierungen erfolgten. Diese feuerten vom Gazastreifen aus Raketen und Mörsergranaten auf benachbarte israelische Städte und Dörfer sowie auf Stützpunkte der israelischen Armee entlang des Gazastreifens ab. Sechs israelische Zivilisten und mehrere Soldaten wurden bei diesen Angriffen getötet. 14 weitere israelische Zivilisten, darunter vier 17-Jährige, kamen bei Schießereien und anderen Übergriffen durch Palästinenser in Jerusalem und in anderen Orten des Landes ums Leben. (...)

Militärgerichtssystem

Festnahmen

Hunderte Palästinenser, darunter auch viele Kinder, wurden von den israelischen Streitkräften in den besetzten Gebieten festgenommen und über längere Zeit ohne Kontakt zur Außenwelt inhaftiert. Die Mehrzahl der Festgenommenen wurde später ohne Anklage wieder freigelassen, Hunderte klagte man jedoch wegen Sicherheitsvergehen an und stellte sie vor Militärgerichte, deren Prozesse nicht den internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren entsprachen. Etwa 8000 Palästinenser, die im Jahr 2008 oder in den Jahren zuvor verhaftet worden waren, saßen Ende des Berichtsjahrs noch immer in Haft. Darunter waren 300 Kinder und 550 Personen, die sich ohne Anklageerhebung oder Gerichtsverfahren in militärischer Verwaltungshaft befanden, viele bereits bis zu sechs Jahre. (...)

Fast alle palästinensischen Gefangenen wurden in Gefängnissen in Israel festgehalten. Dies stellt einen Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht dar, das die Überstellung von Inhaftierten auf das Gebiet der Besatzungsmacht untersagt. Familienbesuche wurden dadurch erschwert bzw. unmöglich gemacht.

Verbot von Familienbesuchen

Etwa 900 palästinensische Gefangene aus dem Gazastreifen durften bereits im zweiten Jahr in Folge nicht von ihrer Familie besucht werden. Auch vielen Verwandten von palästinensischen Gefangenen aus dem Westjordanland wurde aus nicht näher erläuterten „Sicherheitsgründen“ eine Besuchserlaubnis verweigert. Zahlreiche Eltern, Ehepartner und Kinder von Gefangenen hatten ihre inhaftierten Angehörigen bereits seit über fünf Jahren nicht mehr sehen können. Israelische Gefangene unterlagen keinen derartigen Beschränkungen. (...)

Zunehmende Gewalt durch Siedler

Die gewalttätigen Übergriffe von israelischen Siedlern auf Palästinenser und ihr Eigentum nahmen im gesamten Westjordanland insbesondere im letzten Quartal 2008 erheblich zu. Die Angriffe fanden vor allem während der Olivenernte statt und als die israelischen Streitkräfte versuchten, ein Haus zu räumen, das von Siedlern in Hebron besetzt worden war. Die Siedler, die solche Überfälle ausführten, waren häufig bewaffnet. Im Dezember schoss ein Siedler in Hebron auf zwei Palästinenser und verletzte sie.

Straflosigkeit

Israelische Militärrichter ordneten nur in seltenen Fällen Untersuchungen an, wenn palästinensische Gefangene während ihrer Prozesse vor den Militärgerichten angaben, sie seien gefoltert oder misshandelt worden. Soweit bekannt, wurde kein GSS-Beamter (General Security Services, G.K.) wegen Folterung von Palästinensern strafrechtlich verfolgt. Im Oktober reichten zwei israelische Menschenrechtsorganisationen bei Gericht eine Petition ein, in der das Justizministerium aufgefordert wurde, darzulegen, wie mit Folter- und Misshandlungsvorwürfen verfahren wird, die palästinensische Gefangene gegen den GSS erheben.

Israelische Soldaten und Angehörige der Sicherheitskräfte sowie israelische Siedler genossen in der Regel Straffreiheit, wenn sie schwere Menschenrechtsverstöße gegen Palästinenser verübten, wie ungesetzliche Tötungen, tätliche Angriffe und Übergriffe auf ihr Eigentum. Nur in wenigen Fällen fanden Ermittlungen statt, und diese wurden in der Regel aus „Mangel an Beweisen“ eingestellt.

Strafverfolgungsmaßnahmen waren selten und beschränkten sich auf Ereignisse, die von Menschenrechtsorganisationen oder den Medien aufgegriffen worden waren. In solchen Fällen wurden Soldaten, denen ungesetzliche Tötungen von Palästinensern zur Last gelegt wurden, lediglich wegen Totschlags und nicht wegen Mordes angeklagt. Soldaten und Siedler, die wegen Misshandlungen von Palästinensern vor Gericht standen, erhielten im Allgemeinen sehr milde Strafen. (Meine Betonung, G.K.)

3.5 Die Politische-Terror-Skala

Auf der Grundlage der Menschenrechtsberichte des US Department of State und von Amnesty International veröffentlicht eine Gruppe amerikanischer Sozialwissenschaftler unter Leitung von Reed Wood und Mark Gibney regelmäßig eine Einstufung aller Staaten auf einer Skala des politischen Terrors. Die Skala reicht von 1 bis 5:

Level 1: Countries under a secure rule of law, people are not imprisoned for their views, and torture is rare or the exception. Political murders are extremely rare.

Level 2: There is a limited amount of imprisonment for non-violent political activity. However, few persons are affected, torture and beatings are exceptional. Political murder is rare.

Level 3: There is extensive political imprisonment, or a recent history of such imprisonment. Execution and other political murders and brutality may be common. Unlimited detention, with or without a trial, for political views is accepted.

Level 4: Civil and political rights violations have expanded to large numbers of the population. Murders, disappearances, and torture are a common part of life. In spite of its generality, on this level terror affects those who interest themselves in politics or ideas.

Level 5: Terror has expanded to the whole population. **The leaders of these societies** place no limits on the means or thoroughness with which they pursue personal or ideological goals (meine Betonung).

Die Datenbasis umfasst jährliche Einstufungen von 1976 bis 2008. Für Israel und die besetzten Gebiete werden die Einstufungen auch getrennt nach (1) Israel in den Grenzen bis 1967, (2) die besetzten Gebiete allein und (3) die Palestinian Authority, also die Gebiete unter palästinensischer Verwaltung, ausgewiesen. Diese Trennung und die Definitionen zeigen nach meiner Auffassung, dass es bei der Skala für die besetzten Gebiete nicht um die allgemeine Lage, sondern um die Verhältnisse geht, für die Israel Verantwortung trägt. Ich gebe die Daten für die letzten drei erfassten Jahre, und zwar getrennt nach den Berichten von ai (vor dem Strich) und den *Country Reports* des State Department (nach dem Strich):

	Israel in den Grenzen vor 1967	nur besetzte Gebiete	Palästinensische Autorität
2006	3/3	5/4	4/4
2007	3/2	4/4	4/3
2008	3/2	5/5	4/4

3.6 Human Rights Watch

Human Rights Watch ist die bekannteste und renommierteste nichtstaatliche internationale Menschenrechtsorganisation der USA. In zahllosen Presseerklärungen und Stellungnahmen prangert HRW die Verletzung von Menschenrechten an und klagt ihre Beachtung ein. Human Rights Watch hat sich wiederholt zu Kriegsverbrechen und anderen Menschenrechtsverletzungen durch Israel und arabische Staaten und Gruppierungen in der Nahostregion geäußert. Aus dem Jahresbericht für 2008 zu Israel und den *Occupied Territories* ergeben sich im Vergleich mit den schon referierten Reports des State Department und von Amnesty International keine zusätzlichen Erkenntnisse. Ich dokumentiere deshalb hier nur beispielhaft eine Stellungnahme von HRW zum Gaza-Krieg:

Israel/Gaza: One Year After Hostilities, Abuses Unpunished (vom 26. Dezember 2009)

(Jerusalem) - One year after the start of major hostilities in Gaza, both Israel and Hamas have failed to punish members of their own forces for laws-of-war violations during the fighting, Human Rights Watch said today. Israel's ongoing blockade of Gaza has also created massive humanitarian need and prevented the reconstruction of schools, homes, and basic infrastructure.

On December 27, 2008, Israel began "Operation Cast Lead," a 22-day military operation in Gaza with the stated aim of suppressing rocket fire into Israel.

Palestinian armed groups have slowed, but not stopped, their indiscriminate rocket attacks from Gaza into civilian areas of Israel.

"One year later, both Israel and Hamas have failed to punish those responsible for serious violations during the fighting," said Fred Abrahams, senior emergencies researcher at Human Rights Watch. "Some rocket attacks continue and the Israeli blockade of Gaza has prevented basic reconstruction. The only things getting built in Gaza are desperation and despair."

The fighting in Gaza resulted in 762 Palestinian civilian deaths, according to the Israeli human rights group B'Tselem. The Israel Defense Forces (IDF) said 295 Gazan civilians had died. Rockets launched from Gaza during the fighting killed three Israeli civilians and wounded dozens.

Human Rights Watch documented serious laws-of-war violations by Israeli forces during their military operation, including drone-launched missile attacks that killed 29 civilians, the killing of 11 civilians holding white flags, and the use of white phosphorus munitions in densely populated areas.

Israeli forces also deliberately destroyed, without lawful military justification, many homes and other civilian property, including farms, factories, and much of Gaza's water and sanitation network. Most of this property remains unrepaired.

Hamas and other Palestinian armed groups launched hundreds of rockets into populated areas in Israel during the fighting. Hamas authorities also took advantage of the conflict to kill, torture, and arbitrary detention Palestinian political rivals and critics in Gaza.

In September, the UN Fact Finding Mission on the Gaza Conflict determined that both Israel and Hamas had committed serious violations of the laws of war, some amounting to war crimes and possible crimes against humanity. Neither side, the report said, has conducted adequate, impartial investigations. The UN Human Rights Council and General Assembly endorsed the report.

Israel has so far punished only one soldier, a sergeant, for wartime abuse, sentencing him to seven and a half months in prison for stealing a credit card. Human Rights Watch does not know of any investigations by Hamas authorities in Gaza into laws-of-war or human rights violations during the fighting.

Reconstruction in Gaza remains at a standstill due to the ongoing Israeli blockade, which restricts the entry of materials, goods, and fuel required by the civilian population. Israeli inspections of goods entering and leaving Gaza should be for specific security reasons, Human Rights Watch said, and should not block basic goods and civilian necessities.

The scale of the destruction in Gaza one year ago was extensive: 3,540 homes, 268 factories and warehouses, as well as schools, vehicles, water wells, public infrastructure, greenhouses and large swathes of agricultural land.

According to the UN, the fighting created roughly 600,000 tons of concrete rubble, but Israel has allowed only 41 truckloads of reconstruction materials into Gaza over the past year – about four truck-

loads a month. An average of 7,400 truckloads of construction materials entered Gaza each month during the five months before the blockade was imposed in 2007.

One hundred-sixty-two families are living in tents or makeshift shelters next to their demolished or damaged homes, the UN said, and thousands more are enduring the winter with broken windows in their homes. The majority of Gazans experience power cuts up to 32 hours a week, and more than 40,000 people remain without electricity.

“One year on, most Gazans are still struggling to rebuild their lives,” Abrahams said.

3.7 Al-Haq

Al-Haq (dt. „Die Wahrheit“), 1979 gegründet, ist eine unabhängige palästinensische Menschenrechts-NGO mit Sitz in Ramallah. Al-Haq ist mit der internationalen Juristenkommission in Genf affiliert und u.a. Mitglied des Euro-Mediterranen Menschenrechtsnetzwerks, der Weltorganisation gegen Folter sowie der Internationalen Föderation für Menschenrechte. Al-Haq veröffentlicht vierteljährlich Berichte über die Menschenrechtslage in den besetzten Gebieten. Ich dokumentiere Passagen aus dem aktuellsten im Netz verfügbaren *Field Report* für den Zeitraum vom April-Juni 2009 (Betonungen im Original):

Introduction

(...) Since 1967, Israel has been in occupation of the OPT, despite numerous United Nations Security Council resolutions ordering it to withdraw. Consequently, Al-Haq’s monitoring and documentation activities have traditionally been directed towards the violations committed by Israel, the Occupying Power. However, following the creation of the PNA in 1994 and the establishment of Hamas’ *de facto* authority over the Gaza Strip in June 2007, Al-Haq also monitors and documents the PNA’s and Hamas’ respect for international human rights standards in the OPT. To the extent that the PNA and Hamas exercise some control over parts of the OPT, they are responsible for enforcing law and order through effective and lawful measures.

Each field report highlights a particularly important or disturbing trend observed by the MDD (Monitoring and Documentation Department, G.K.) during the reporting period. The field reports are based on first-hand information gathered by Al-Haq’s trained fieldworkers. The fieldworkers visit sites of alleged violations; they draw maps, draft reports and take sworn statements (affidavits) from victims and eyewitnesses. The information they collect comprehensively covers a broad range of violations, including, but not limited to, killings, house demolitions and imposed curfews. The affidavits excerpted or referenced in the field reports are available on Al-Haq’s web site (www.alhaq.org), as samples of those gathered during the reporting period.

The Human Rights Situation since the Outbreak of the Second *Intifada*

The violations committed during the reporting period must be analysed within the broader context of the deteriorating human rights situation since the outbreak of the second *Intifada* on 29 September 2000, and, in particular, Israel’s persistent failure to adhere to its obligations under international human rights and humanitarian law in the OPT (Occupied Territories, G.K.). Al-Haq’s lack of presence in the Gaza Strip before June 2007 has resulted in an inability to compile comprehensive statistical information dating back to the start of the second *Intifada*, similar to that obtained for the West Bank. However, Al Haq has been able to thoroughly document the effects of Israel’s military offensive, “Operation Cast Lead,” carried out on the Gaza Strip and has produced a special report on the Operation, which is available on Al-Haq’s web site.

According to Al-Haq's documentation, from the outbreak of the second *Intifada* until the end of June 2009, **1,888** Palestinians were killed by Israeli Occupying forces in the West Bank, **366** of whom were children, and **103** of whom were female. It is estimated that **310** Palestinians were killed in targeted assassinations. During the same period, Al-Haq documented the demolition, for punitive reasons, of **572** houses³ in the West Bank (of which **504** were totally demolished, **63** were partially demolished and **6** sealed off), leading to the forcible displacement of **3,351** Palestinians. Israel has also carried out a large number of administrative house demolitions, i.e. demolitions purportedly carried out because the houses were built without the required licence. Since the beginning of 2004, **618** Palestinian houses in the West Bank have been administratively demolished, **301** of which were in East Jerusalem. (...)

The Human Rights Situation from April to June 2009

Highlighted Trend: Settler Violence

During the reporting period, Al-Haq's field researchers documented a particularly high number of incidents involving Israeli **settler violence** against, and intimidation of, Palestinians in the West Bank (see Al-Haq Affidavit 4906/2009). Such incidents occurred predominantly in the Hebron and Nablus areas. Settlers physically attacked and injured Palestinians, including children and one pregnant woman, and damaged or destroyed Palestinian property. While Israeli soldiers sometimes intervened to stop such incidents, the investigation thereof remained insufficient. The systematic refusal to prevent or punish criminal behaviour has resulted in the indirect encouragement of continued settler violence. In a notable example, on 10 April 2009, a group of armed and masked Israeli settlers physically assaulted residents of the Um al-Kheir village in Hebron Governorate, including women and children. As the villagers were harvesting plants and grazing their sheep Ruqayya Hathalin, who was eight months pregnant, was beaten with sticks and assaulted with stones, whilst Israeli soldiers watched without intervening (see Al-Haq Affidavit No. 4823/2009).

(Es folgen weitere Beispiele, G.K.)

Al-Haq documented several incidents of Israeli Occupying forces using **excessive force** against Palestinians. On June 2, Israeli soldiers positioned behind the border separating the occupied Gaza Strip from Israel, shot at 66-year-old farmer Saleh al-Zmara and his 63-year-old brother without prior warning. The Israeli army had previously dropped leaflets forbidding Palestinian residents in the Gaza Strip from coming within 300 metres of the border. At the time of the incident, the two brothers were ploughing their land situated north of Beit Hanoun at a distance of approximately 800 metres from the border and had therefore not entered the prohibited zone. As a result of the shooting Saleh sustained a bullet wound in his left hand. Ali was shot in the back, and their wheat crop caught on fire, causing material damage (...)

Al-Haq's work, like that of other human rights organisations working in and on the OPT, has continued to suffer from restrictions placed on **human rights defenders**. On 29 April 2009 Israeli soldiers prevented Al-Haq field worker Hisham Sharabati and his colleague Mousa Abu-Hashhash from the Israeli human rights organisation B'Tselem, from documenting mass arrest of children in the Hebron area. Israeli soldiers confiscated the fieldworker's video and digital cameras, with which they had documented the incident. The confiscated cameras were only returned after the soldiers had deleted all the recorded material and after the children had been released (see Al-Haq affidavit No. 4861/2009).

During the reporting period there were numerous cases of **harassment/beatings by soldiers**. In a typical example, on 28 May 2009, Israeli soldiers verbally and physically assaulted 'Ala 'Reiqat and his friend Ramzi Salah as they were on their way to the Dead Sea. Without prior warning and with no apparent reason, the soldiers blindfolded, handcuffed, kicked and beat 'Ala, using their fists and the butts of their rifles, until he fell unconscious. When several Palestinian bystanders attempted to intervene, the soldiers assaulted them using grenades, and beat one of them. The soldiers later claimed that they were attacked by the Palestinians, and asserted that they were acting in self-defense (see Al-Haq Affidavit No. 4933/2009). (...)

Throughout the West Bank, Israeli Occupying forces have continued their policy of **land destruction and/or confiscation** in order either to expand or to enclose existing illegal Israeli settlements or to build Israeli infrastructure. (...)

Another widespread trend documented during the reporting period and resulting in the displacement of Palestinians was the ordering and/or execution of **house demolitions** in the West Bank, particularly in and around East Jerusalem. Since the beginning of the year, the Israeli authorities have issued far over 1,000 demolition orders in East Jerusalem alone, allegedly because of the lack of building permits. These pending orders put hundreds of Palestinians the risk of **displacement**. As a result of Israel's unwilling to provide adequate planning for Palestinian neighbourhoods in East Jerusalem, only 13% of the land in the area is available for Palestinian construction, and most of that land is already build up. Building permits are therefore almost impossible to obtain, and in the very few cases in which such permits are granted, the Palestinian owner often cannot afford to pay the permit fee, thus compelling construction without the require licence (...) As a result, more than one quarter of all homes in East Jerusalem are built without a permit, and may be subjected to demolition orders. During the reporting period alone, the Israeli authorities have carried out 26 administrative demolitions, 16 of which were in East Jerusalem.

House demolitions were further carried out in other parts of the West Bank, including in the Nablus area. On 20 April 2009, for example, the Israeli authorities issued several eviction orders to residents of Khirbet al-Afjam, declaring the concerned lands a closed military area. Two days later, the makeshift house of 'Abdallah Bani-Jaber, which was made out of zinc plates and iron was demolished, together with several neighbouring homes (...)

Al-Haq field workers documented new cases of **property destruction**. On 8 June, for example, the Israeli authorities demolished Palestinian water pools and seized drip irrigation pipelines from Palestinian land in al-Baq'a, east of Hebron City. A private Israeli company employed by the Israeli authorities also cut off the pipelines of the irrigation network on the agricultural land of farmer Rashed Jaber, causing him material damage of 2,000 NIS (see Al-Haq Affidavit No. 4924/2009).

3.8 The Association for Civil Rights in Israel (ACRI)

ACRI, 1972 gegründet, ist die älteste und größte Menschenrechtsorganisation in Israel. Im Unterschied zu B'Tselem etwa, das sich auf die besetzten Gebiete konzentriert, beschäftigt sich ACRI mit dem ganzen Spektrum der Menschenrechte in Israel selbst und in den besetzten Gebieten. Dazu veröffentlicht ACRI, wie andere Menschenrechtsorganisationen auch, umfassende Jahresberichte und eine Vielzahl von Reports zu spezifischen Menschenrechtsverletzungen. Ich dokumentiere hier Auszüge aus einem Bericht über die Menschenrechtsslage in Ost-Jerusalem vom Mai 2009:

32

East Jerusalem in Numbers

Number of residents: Approximately 260,523 (34% of the Jerusalem population) [December 2007 data]

Families under the poverty line: 66.8% (as opposed to 23.3% of Jerusalem's Jewish families) [2007 data]

Children under the poverty line: 74% of the Arab children in the city (as opposed to 47.7% of the city's Jewish children) [2007 data]

Expropriated land: Since annexing East Jerusalem, the Israeli government has expropriated 24,400 dunams (over a third of the area), which were privately owned by Arabs.

Construction: By the end of 2007, 50,197 housing units for the Jewish population had been built on the expropriated land; no housing units had been built for the Palestinian population on the expropriated land.

Home demolitions: Since the start of 2009, 21 East Jerusalem homes have been demolished by the Jerusalem Municipality.

Sewage line shortage: 70 kilometers of main sewage lines are lacking.

Lack of water connections: Approximately 160,000 Palestinian residents have no suitable and legal connection to the water network.

Shortage of school classrooms: There is a shortage of 1,500 classrooms.

School dropout rate: Currently stands at approximately 50%

Number of children who don't attend school: 9,000.

34

According to International Humanitarian Law, as long as Israel remains in control of East Jerusalem, it is responsible for their welfare and obliged to respect their human rights. Under Israeli law, in fact, these permanent residents are entitled to the same services and rights granted to Israeli citizens. Nevertheless, since 1967 the Israeli government has not budgeted resources for strengthening and developing East Jerusalem – resources that are essential for meeting the physical needs of the area and the needs of the population at its natural growth rate. (...) **Discrimination in planning and building, expropriation of lands, and minimal investment in physical infrastructure and government and municipal services – these are concrete expressions of an Israeli policy designed to secure a Jewish majority in Jerusalem and push Palestinian residents outside the city's borders** (meine Betonung).

36

Israel treats the residents of East Jerusalem as foreigners whose status can be revoked as a matter of course. These residents are forced to repeatedly prove their permanent residency status in the city.

37

For decades, the legal possibility of issuing building permits for new construction in East Jerusalem has been practically non-existent. The city's Outline Plan, "Jerusalem 2000", perpetuates discriminatory policies.

39

There exists blatant discrimination in sanitation, postal services, road and sidewalk infrastructure, and public parks.

43

The East Jerusalem welfare system suffers from under-funding and ongoing discrimination.

46

In East Jerusalem, far from the eye of the public and the media, the authorities allow themselves to behave toward residents in a manner that would be inconceivable anywhere in Israel (meine Betonung).

3.9 Breaking the Silence

Breaking the Silence ist eine Organisation von israelischen Veteranen, die seit 2004 Zeugenaussagen von Armeeingehörigen sammeln, die in den besetzten Gebieten Dienst geleistet haben. Diese Aussagen, inzwischen sind es mehrere hundert, werden von Breaking the Silence nach sorgfältiger Prüfung auf verschiedene Weise veröffentlicht. Wegen des Drucks im Militär selbst und aus der Gesellschaft ziehen es die meisten Zeugen vor, anonym zu bleiben. Auf ihrer Website schreibe die Organisation folgendes über ihre Zielsetzung:

Soldiers who serve in the territories are witness to, and participate in military actions which change them immensely. Cases of abuse towards Palestinians, looting, and destruction of property have been the norm for years, but are still excused as military necessities, or explained as extreme and unique cases. Our testimonies portray a different and grim picture of questionable orders in many areas regarding Palestinian civilians. These demonstrate the depth of corruption which is spreading in the Israeli military. While this reality which is known to Israeli soldiers and commanders exists in Israel's back yard, Israeli society continues to turn a blind eye, and to deny that which happens in its name. Discharged soldiers who return to civilian life discover the gap between the reality which they encountered in the Territories, and the silence which they encounter at home. In order to become a civilian again, soldiers are forced to ignore their past experience. Breaking the Silence voices the experiences of those soldiers, in order to force Israeli society to address the reality which it created.

Ich dokumentiere hier Auszüge aus einer 2009 veröffentlichten neuen Publikation mit 96 Zeugenaussagen von israelischen Soldatinnen (Fragen der Interviewer sind fett gedruckt):

5

Testimony 1 (...)

Somehow, a female combatant has to prove herself more, on the ground too. Again, a female combatant who can lash out is a serious fighter. Capable. A ball-breaker. There was one with me when I got there, she'd been there long before, she was – wow, everyone talked about what grit she had, because she could humiliate Arabs without batting an eyelash. That was the thing to do. (...)

We did talk about how the tough female-combatant has no problem beating up Arabs. It's obvious, you don't even need to spell it out. This one means business, you should see her humiliating them – there was no problem to say something like this out loud. Take a look at that one, a real 'ball-breaker,' see her humiliating them, slapping them, what a slap she gave that guy! You hear this kind of talk all the time.

6

Testimony 2 (...)

As an officer in Hebron, one day I went out to the gate to hitch a ride. It was extremely cold and I was wearing my fleece jacket, which does not show my officer rank. I stood there with the other guys. Across the road was this kind of bus stop where Palestinian detainees would be seated to wait for the Shabak (Shin Bet, Israel's innerer Sicherheitsdienst, G.K.) to pick them up and take them to the *** detention center. The guys on guard duty at the brigade HQ (headquarters, G.K.) base were on routine security shifts, they are assigned for these ongoing security runs from all kinds of office jobs in rear units like the air force and so on. They

would stand guard at the camp gate. So, standing there I see these two guys pacing around a detainee – blindfolded, his hands shackled behind his back. Suddenly I see that one of the guys simply approaches him and, without any warning, knee-kicks him in the head.

My gut-reaction was instant: I leapt at this guy, caught him and said: “You’re coming with me now.” He didn’t understand what on earth a woman-soldier is doing ordering him around. He shoved me off, this was a big guy – he pushed me away and ran into the barracks. I was all wound up at that point. I left the gate, hurried upstairs straight to the brigade commander’s and deputy-commander’s office. The commander wasn’t there, the deputy was. I went up to him and told him what happened and he said, “Go with our deputy operations-officer and find that fellow.”

I went with the ops-officer, the guy must have hidden somewhere on the base, we couldn’t find him. When we returned to the deputy-commander and told him we hadn’t found him and that we’d go looking for him again in a few hours, he said: “Let it go, it’s pointless. Anyway there are and there will be many such cases,” or something in that vein. I don’t recall his exact words, but that was the message: let it go, no need to pursue this. It was one of the instances I had a very hard time with.

6-8

Testimony 3 (...)

(Es geht um das Aufgreifen und Abschieben von illegalen palästinensischen Grenzgängern aus der West Bank, G.K.)

Was there violence?

All the time.

What kind?

First of all, just plain harassment. Keeping them on their feet, because if you’re really gung-ho and got up that morning rearing to go and catch some, you could easily hunt down thirty people in a half-hour. The point is you had to detain them. You couldn’t get them and check them out one by one. You had to catch the guy, search him and wait for others. And often they would come in large groups. Again, when they move in large groups obviously they’re not out on a terrorist mission, that’s not exactly the recommended mode of action. ... So you catch them and make them stand in formation.

Formation?

Yes. Stand in formation, and there’s that famous Border Patrol rhyme – Wahad hummus, wahad ful, ana bahibbak Mishmar HaGvul (One plate of hummus, one plate of beans, I love you Border Patrol) ... They’re made to sing it. Sing and hop. Just like rookies, the kind of hazing stuff in basic training, about which soldiers’ parents are always raising hell. It’s the same thing. Only much worse. If anyone laughs, or he soldiers decide he’s laughed, he gets punched. Why did you laugh? Boom, a fist. He doesn’t really have to laugh to get that punch. I feel like punching him. Why did you laugh? Boom.

How long does this last?

It can last for hours. It depends how bored the soldiers are, they can stretch it out for two hours. It’s an eight-hour shift. Got to get through it somehow.

And who is made to stand in formation?

Everyone, all age groups.

Women? Children? Elderly people?

Yes. Whoever shows up. Whoever shows up, stands in formation. There were the more sensitive soldiers who’d let the women and elderly go. I’d say the elderly were less harassed. And there were soldiers who’d harass the elderly. Like in any society, this company too, some soldiers abused more and others less. Some had absolutely no restraint and abused anyone.

97

Testimony 66 (...)

When I came to Nahal Battalion 50 as a young NCO (=Non-Commissioned Officer, Unteroffizier, G.K.), I arrived at *** and no one was on the base, the whole battalion was in Qalqiliya on some mission, and when they came back it was the first time I saw them all. I walked around among the various companies, all smiles and happy, and talked a bit with the soldiers and saw that almost all of them have these Arabs' prayer-beads, and little Qurans. I asked them, where do you get these? They said, what do you mean? We were in Qalqiliya just now, we took souvenirs from houses. So I, young female-soldier that I am, go in for an interview with the battalion-commander the next day, and he asked me: What is your first impression of our battalion? I said, okay, except that I saw soldiers with prayer-beads and Qurans from Qalqiliya which they took as souvenirs. He got annoyed, almost threw the table, picked up the phone and called the company-commander in question that very moment. So the company-commander said: I never saw this girl in my life, she's lying, making it all up. No way, my soldiers would never do something like that. He hands me the receiver, I tell him: Listen, this happened. He says: Who are you anyway? You little runt, you don't understand a thing. He was really yelling at me. And that was that, I came out from the battalion-commander's office and from that moment on that company ignored me, for four months I couldn't go near them. The company-commander passed it on down through his chain of command, that the education corps NCO is a rat and she rats to the battalion-commander, and at that time that's how I was treated. (...) I remember we finally had to collect pictures of soldiers for a battalion evening, and this company refused to pass their pictures on to me because I was a rat-fink, they spat at my feet for having told the battalion-commander on them. That was a serious shock, right when I arrived there.

104-106

Testimony 74 (...)

While I was in Jenin, I was on a patrol with three other guys, and we knew that a demonstration protesting the 'Separation Fence' was planned, organized, and coordinated with the DCO (Deputy Commanding Officer), G.K.) We were briefed that they were allowed to demonstrate, may not destroy the fence, that we must keep them away from the fence. We had a briefing with the regional brigade-commander. (...) he said explicitly not to use any crowd-dispersal means unless we get official confirmation. I was with the squadron-commander who some months earlier had shot that kid, yes. Shot a kid on a bicycle riding near the fence. (Earlier in the interview, the interviewee told about an incident where soldiers of her unit shot to death a boy who ran away from them on the Palestinian side of the fence.) He remained squadron-commander. In a while I'll explain how, but there are things that – after certain things happen, you can't remain a squadron-commander. Anyway, we were on patrol, and suddenly we heard that they're already reaching the fence and we have to get there, from within, from inside the Territories, reach the fence. We got there as fast as we could, and I was loading rubber bullets and everything as we drove. Okay, we get there and the squadron-commander, behaving like a good boy after all the trouble he had got into previously, asks for confirmation to use crowd-dispersal means. In the meantime they get to the fence and begin to tear at it. The deputy brigade-commander had just gone out for coffee or something. We're sitting in the Jeep, and on the other side of the fence were army guys, probably from the DCO, yelling at us: "Do something, do something!" Finally it took a few minutes – three to five minutes – until we got our okay to use crowd-dispersal. From our company-commander. The deputy brigade-commander didn't respond. So we got out and he threw a concussion grenade towards the fence, and it didn't go off. That happens. So just to get some attention, because they more or less ignored us, he shot one bullet in the air, really in the air, and then threw a teargas canister. Then they really let got of the fence and went back a bit. Another patrol arrived by then, inter-

vened and helped push them back. Then at some point we really got them back with teargas, I didn't shoot any rubber bullets. He gave me an order, I jumped in. I would have shot rubber only if stones had been thrown at us. Only if there were any real danger would I have shot rubber, aiming at legs. Again, this really highlights the difference between the two companies. But yes, I was at standby. They were pushed back mainly by shooting in the air, 180 degrees in this case.

Live ammo fired in the air?

Live in the air, and teargas. They moved back and then guys came to us and yelled at us for not using physical force and not shooting rubber ammo. They did manage to get six of the demonstrators who got within a meter of the fence. We had them moving back, and again, we were on standby and didn't shoot anything. But that squadron-commander was downgraded because he didn't function properly.

What do you mean?

He didn't push demonstrators fast enough.

But you said it took three minutes.

No, we got our go-ahead after three minutes, but it took us some more minutes to push them away. But the fact that he waited, that he didn't act right away, never mind instructions. That was a reason to downgrade him, unlike the fact that he had killed a Palestinian boy.

106-107

Testimony 75 (...)

Do you remember cases of violence towards Palestinians?

I remember many stories by Border Patrolmen. Stories I heard from them. They would come in after a long work day, come into the infirmary, the battalion medic had some close friends among them, and they'd say 'listen to what we did today' and told and boasted and raved.

To what extent?

They'd patrol the town, someone would annoy them, so they'd bash the hood of his car with their rifle-butt and throw in a concussion grenade, or catch someone, put him on the Jeep, carry him around town, throw him out at the end and beat him up. Or boys who'd thrown stones, they'd take them to ... wherever, to the base, tie their hands with plastic shackles, blindfold them, slap them around, dry them out in the sun.

You hear this and to nothing?

No. I wouldn't like to explain this now or make up excuses. I know myself: I didn't understand what was going on there, at all. Either that or I didn't want to understand. These children would be made to stand in front of the Border Patrol company post, and some Border Patrolman would come along and smack him on the head. This would happen in broad day light with everyone hanging around. It wasn't something that made me think: oh my, what are they doing, perhaps I should say something. Like ... It was something I felt or thought to be the norm here. Either that or I wasn't aware enough to say: Okay, this is out of line and I'm going to change it. Or I only cared about my own little corner and my own cup of coffee.

118-119

Testimony 86 (...)

A kid hit accidentally, that's how it's written in the log? That goes straight to Military Police investigations.

Well, no, the record is not that carefully detailed. My own commander at the time, in Border Patrol, I once sent in a message, when I was still pretty new there: At the demonstration this morning, our forces, I don't know if they returned fire, anyway they must have done something. Shot somehow because a child was killed, a child was taken down. I don't know if he was killed, he fell. So I wrote down 'a child fell' on that beeper. I sent the message. My commander was furious. He really yelled at me never again to write down ,child.' I said: He

was eight years old, that's what the Palestinians said, shouldn't I write ,child'? Of course I didn't use these words with him. But I was supposed to say youth, never 'child.' Since that, for two years, I never wrote down 'child,' even though children were still getting killed.

129-130

Testimony 95 (...)

Most of the time I saw violence around Katzir, before the fence was constructed, then it was simply routine –emptying the children's plastic bags and playing with their toys. You know, grabbing the stuff and throwing the toys among us like balls.

The children cried?

Constantly. They cried and were terrified. I mean, you couldn't miss it.

Adults cried too?

Sure. To humiliate them. One of our goals was this: I made him cry in front of his child, I made him shit in his pants.

You saw cases of people soiling their pants?

Yes

Why?

Especially at beatings, beating them to a pulp and threats and yelling, where the guy is terrified, especially in front of the kids. They would yell and threaten and terrify so you're afraid for your kids too. There was this once, again, and adult detained with his child, a tiny kid, about four years old. The child was not hit, but the Patrolmam was annoyed that the adult was taking the kid with him so he'd be showing consideration, and told him: You're taking the kid along so as to be pitied, let's show you what's what. And he beat him to pulp, yelled at him, said: "Why, I could kill you right in front of your kid, maybe you'd feel more ..." That's horrifying. And gain, there are lots of 'respect' stories.

And he wet his pants for sheer fright?

Yes

In front of his child?

Yes. There are lots of honor stories like, I made him shit in his pants, I made him do that, such talk was routine, not anything special ...

Where would this be told, in the dining hall, in the presence of the officers? Openly in public?

Openly in public. I think that if an officer says he didn't know, he's lying. At least the senior officers knew. Again, the platoon-commanders dealt with this less, but the company-commander, the deputy company-commander, the operations officer – they encouraged this even in a big way. Again, not directly, they didn't actually come out and say, go on, beat them up, but there was this legitimacy, otherwise it wouldn't have happened. Again, the fact is that in Jenin there were less cases of this kind, and not just because there was less work with the population, I think.

4. Auszüge aus Stellungnahmen oder Veröffentlichungen jüdischer Intellektueller oder Menschenrechtsaktivisten

4.1 Yizhar Be'er

Der Journalist Yizhar Be'er leitet „Keshev“, das „Zentrum zum Schutz der Demokratie in Israel“, dessen Ehrenpräsident der Schriftsteller David Grossman ist. Keshev beobachtet anti-demokratische Strömungen in den israelischen Medien und weist Zeitungen und Fernsehsender auf problematische Tendenzen in Wortwahl und Berichterstattung über den israelisch-palästinensischen Konflikt hin (wie z.B. Klischees, Vorurteile, Diffamierungen, Aufwiegelung) – auch in Kooperation mit einer palästinensischen Institution, die dasselbe Anliegen für die Autonomiegebiete verfolgt. Yizhar Be'er war einige Jahre Direktor von B'Tselem.

Die Mutter von Yizhar Be'er musste für die Nazis in einer Munitionsfabrik in Norddeutschland hart arbeiten, bevor sie ins KZ kam und nur durch Zufall überlebte. Die Eltern der Mutter und viele andere Verwandte wurden von den Nazis ermordet.

Ich zitiere aus einem Gespräch, das Alexandra Senfft mit Yizhar Be'er geführt hat (Senfft 2009):

173/174

1982 wurde ich Journalist. (...) Ich war gegenüber offiziellen Verlautbarungen und Darstellungsweisen immer misstrauisch. Die „Wahrheit“ ist sehr wichtig für mich, denn ich kann es kaum ertragen, wenn Menschen Lügen konsumieren und die Realität nicht kennen. Die Wahrheit auszusprechen ist aber meist sehr unpopulär. Als ich bei der Tageszeitung „Ha'aretz“ arbeitete, beschwerte sich der Militärsprecher fast täglich über meine Berichte. (...) Ich erhielt viele Drohungen. Das ging so weiter, als ich die Menschenrechtsorganisation „B'Tselem“ leitete (...) Viele radikale Israelis beschimpften mich als „Verräter“. (...) Kurz nach dem Mord an Rabin wollte mich ein Krimineller mit einem Felsbrocken durch die Windschutzscheibe meines Autos erschlagen. „Wir werden dich wie Rabin umbringen!“, schrie er, als er sich auf mich stürzte. Ein Palästinenser aus der Westbank, ein Tagelöhner, der mir gerade beim Hausbau half, sah den Angreifer, packte ihn von hinten und hielt ihn fest. Ein Araber rettete mich davor, von einem anderen Juden umgebracht zu werden! Du siehst, wie komplex die Situation ist.

178/179

Ich bezeichne mich als Patriot (...), und wir könnten viel erreichen, wenn wir in der Lage wären, gegenüber der anderen Seite großzügiger zu sein. Wir müssen unseren Anteil an der Verantwortung für das Leid der Palästinenser übernehmen – so wie sie unsere Vernichtungsgänge anerkennen müssen.

180

Ich merke immer wieder, dass ich nach einem inneren Warnsystem funktioniere, als ginge es ums Überleben, selbst dann, wenn gar keine Gefahr besteht. (...) Ich will nicht damals und heute oder gar die Nazizeit und die Besatzung vergleichen. Das ist absolut nicht vergleichbar! Wahr ist indes, dass ich von meiner Mutter einen stillschweigenden Auftrag übernommen habe, mich für die Schwächeren einzusetzen.

4.2 David Shulman

David Dean Shulman ist Indologe und Professor für Humanistische Studien an der Hebräischen Universität in Jerusalem auf dem Mount Scopus. Er gilt als eine der führenden Autoritäten weltweit auf dem Gebiet der indischen Sprachen. Gleichzeitig ist er Aktivist in der israelisch-palästinensischen Friedensgruppe Ta'ayush, was so viel heißt wie „zusammen leben“ oder „Partnerschaft“. Ta'ayush bemüht sich unter anderem darum, Palästinenser in der West Bank vor Enteignungen, Verdrängung und Gewalttaten durch Siedler oder die israelische Armee zu schützen. David Shulman hat nicht nur ca. 20 Bücher auf seinem wissenschaftlichen Fachgebiet geschrieben, sondern auch ein sehr bewegendes Buch über seine Tätigkeit und seine Erlebnisse in der Gruppe Ta'ayush. Vor wenigen Wochen erschien in der *New York Review of Books* ein kurzer Beitrag von ihm mit dem Titel „Israel Without Illusions“. Ich zitiere zunächst aus diesem Beitrag, und zwar aus der Internet-Fassung:

No one who regularly visits the Palestinian territories controlled by Israel has to speculate about whether or not Israel is engaged in the routine abuse of human rights. Such abuse is the very stuff of the occupation – a daily reality exacerbated above all by the endless hunger for more land and the ever-expanding settlement project. That reality has been amply documented by Israeli human rights organizations such as B'Tselem and, more recently, Yesh Din (...) as well as by a large corpus of writings produced by firsthand witnesses, including those discussed in my 2007 book *Dark Hope*. (...) For decades now, the courts have allowed the settlement enterprise to proceed unimpeded by significant legal constraints, despite its evident criminal nature under international law. **The courts have failed to stop the large-scale expropriation of private (also communally owned) Palestinian lands. They have let rampant violence by settlers throughout the territories, and very conspicuously in the city of Hebron, go largely unpunished.** The have sanctioned the fencing off of Palestinian villages into tiny, discontinuous enclaves cut off from markets, schools, hospitals, and workplaces. The list of such failures by the courts could easily go on and on. (Betonung von mir, G.K.)

Ich zitiere weiter aus David Shulmans Buch *Dark Hope* (2007), S. 209 und 2, 7-10:

This conflict is not a war of the sons of light with the sons of darkness; both sides are dark, both are given to organized violence and terror, and both resort constantly to self-righteous justification and a litany of victimization, the bread-and-butter of ethnic conflict. My concern in these pages is with the darkness on my side. (...)

Make no mistake: Israel, like any society, has violent, sociopathic elements. What is unusual about the last four decades in Israel is that many destructive individuals have found a haven, complete with ideological legitimization, within the settlement enterprise. **Here, in places like Chavat Maon, Itamar, Tapuach, and Hebron, they have, in effect, unfettered freedom to terrorize the local Palestinian population; to attack, shoot, injure, sometimes kill – all in the name of the alleged sanctity of the land and of the Jews' exclusive right to it** (Betonung von mir). (...)

I believe that Israel's occupation of Palestinian territory is unacceptable, illegal, and ultimately self-destructive. Yet I am not one of those who think that what has happened here is entirely our fault. The "other side", as it is called, is also staggering under a burden of folly and crime. Neither side has a monopoly on right or, for that matter, wrong. (...)

There is, however, a particular perception at the heart of my assessment of our situation that has moved me to act. No one can understand what has happened here unless he or she sees how Palestinian terrorism is systematically exploited by the Israeli right to further its own far-reaching, brutal program. In this sense, the Palestinians themselves have supplied the Israeli hypernationalists with everything they could ever want or need. The threat of terrorism is a fact that cannot be denied. However, its exploitation and cynical manipulation to further a policy of land-grab, domination, and

the creation of an inhuman regime in the occupied territories – all this, which is of our own doing, must be clearly seen. It is, in many ways, a key to the current impasse. (...)

Nothing done by one side, however terrible, can mitigate or rationalize the crimes of the other. What Israel has done and is doing, on a large scale, to civilian Palestinian populations in the territories, in Jinba, Yanun, Bil'in, and dozens of other places, is *singularly* cruel.

Our failure to acknowledge this truth, our passionate delight in – indeed continuous reinvention of – our victimhood, our persistent tendency to blame the other, our enduring fearfulness and moral cowardice, our betrayal of our own once-cherished values and of our wider humanity – all these are symptoms of a pervasive cultural illness that serves to perpetuate and deepen the war. (...)

I feel responsible for the atrocities committed in my name, by the Israeli half of the story. Let the Palestinians take responsibility for those committed in their name. On our side, there is the ongoing story of the settlements, established on plundered land with the apparent aim of making any eventual compromise impossible. And along with that kind of violence, which has wrought havoc throughout the territories – so that we are now facing something like a crazed, predatory state of armed settlers and soldiers across the Green Line in the territories occupied by Israel – along with such violence, there is the equally unacceptable violence of heart and mind, the self-righteous narrowness and egoism of the modern nationalist. In Israel, it is this strident voice that is more and more heard.

In Kapitel 2 beschreibt David Shulman die Versuche der Gruppe, die Vertreibung alteingesessener palästinensischer Höhlensiedler und Schäfer in den Hügeln südlich von Hebron zu verhindern:

13

There are several hard-core settlements in this area (...) These settlements have all been established on Palestinian land, which the government declared to be (...) state lands.

There are also military camps in the region, and the army has been trying to get large parts of the area declared out of bounds for the alleged purpose of creating firing ranges. So far the Israeli courts have not allowed this. (...) It should be stressed that the cave dwellers have never been involved in hostile activities; they are an innocent population with a unique mode of life, biblical in color, which they are determined to preserve in the face of the threat from the settlers, the army, the Civil Administration, and successive Israeli governments.

A campaign aimed at driving these people out began with sporadic cases of harassment and expulsion in the late 1970s and early 1980s and gathered force in 1999, under the Barak government, which attempted a mass eviction from the caves. (...) Between July 3 and July 5, 2001, a particularly vicious military action resulted in the actual destruction of many of the caves, the stopping up of wells (the key to survival in this arid region), the liquidation of flocks and herds, and the physical expulsion of hundreds of families. In the days immediately following this attack, the army also prevented the Red Cross from supplying the population with basic humanitarian aid. (...) Many have somehow survived, living in temporary structures near their old homes. The legal campaign has gone on, by now, for seven years, so far without resolution. (...) Harassment, intimidation, and violence against the cave dwellers on the part of the settlers, and, sometimes, Israeli soldiers have not abated. Quite the contrary: the Palestinians of South Hebron are surviving a reign of terror, innocent victims of powerful forces relentlessly pressing up against them.

In Kapitel 4 geht es um Bemühungen, palästinensische Bauern im Norden der Westbank bei der Olivenernte vor Angriffen der Siedler zu schützen:

107/108

October 30, 2002

We are the third wave. Two weeks ago Ta'ayush sent volunteers up here to help with the olive harvest (in den palästinensischen Dörfern Aqraba und Kafr Yanun, G.K.). Four or five settlers opened fire,

aiming at the feed; Amiel was hit in the stomach by a ricochet. He says it's partly his own fault, since when the shooting began he faced the settlers and yelled, "I'm a Jew and I came here to help pick these olives, and I'm going to pick them." The Palestinians, used to such moments, immediately ran for cover (...)

The second wave was the foreign volunteers who came to stare down the settlers at Yanun and were ferociously attacked by them; there were many severe injuries. One elderly woman volunteer says she is convinced that they were trying to kill her. The settlers bashed them with rifle butts and other blunt instruments. By this time the villagers of Yanun (ein palästinensisches Dorf, in dessen Nähe sich Israelis angesiedelt haben, G.K.) were so terrorized that they left their houses and fled to Aqraba. That, of course, was what the settlers wanted. Everyone knows that this is about transfer, one more pointillistic piece of the jigsaw. The idea, in short, is to drive them out.

To this end, olives are a potent instrument. One of the settler rabbis has declared that Jews have the right to steal the olives of the Palestinians; after all, the land is ours, so what grows there is ours too. Whole families in the village subsist on the olive groves alone, and this year the settlers in northern Samaria have set about systematically depriving them of this sustenance. They have stolen the sacks of freshly harvested olives on their way to the olive press; they have swooped down on the olive groves and taken over the trees, chasing the owners away with guns. (...) **(Today) there are settlers everywhere in the territories, and violent theft is the norm** (Betonung von mir).

Andere Kapitel behandeln Enteignung, Verdrängung und Diskriminierung in Ostjerusalem und Umgebung, auch die Zerstörung von Häusern, die ohne Baugenehmigung errichtet wurden (Arabern werden nur selten Baugenehmigungen erteilt), oder die verheerenden Auswirkungen der Mauer auf viele palästinensische Dörfer und Städte. Die Gruppe Ta'ayush ist nicht prinzipiell gegen eine Schutzmauer, aber sie wehrt sich gegen den Verlauf der Mauer, die an vielen Stellen Gebiete in der West Bank umschließt.

4.3 Roni Hammermann

Roni Hammermann aus West Jerusalem ist seit vielen Jahren Mitglied von Machsom Watch und HaMoked. Machsom Watch, 2001 gegründet, ist eine Organisation von israelischen Frauen, die sich als Friedensaktivistinnen verstehen und gegen die Besatzung engagieren. Eine ihrer bekanntesten Tätigkeiten besteht in der Beobachtung israelischer Checkpoints, mit der sie Menschenrechtsverletzungen zu verhindern suchen oder auch dokumentieren. HaMoked ist eine 1988 gegründete israelische Menschenrechtsorganisation, die Rechtsbeistand für Palästinenser in den besetzten Gebieten gegen Übergriffe des israelischen Staates oder Militärs anbietet und sich für rechtsstaatliche und gerechte Verfahren engagiert. Im Vorwort zu einer von Machsom Watch publizierten kleinen Studie über israelische Militärgerichtsverfahren gegen Palästinenser, die auch auf deutsch erschienen ist, schreibt Roni Hammermann (Halevi/Shlonsky 2009, S. 4-6):

Ich bin israelische Jüdin und habe als solche ein entsprechendes historisches Gedächtnis. Die Lehren aus dem Holocaust sind für mich nicht nur eine Verpflichtung den Opfern des Nazismus gegenüber, sie sind eine Verpflichtung zu einer Reihe von universalen ethischen Werten,

in deren Namen wir ja auch den Antisemitismus ablehnen müssen. Und einer dieser ethischen Werte ist die Verpflichtung, nicht zu schweigen, wenn wir in unserem Umfeld Unrecht sehen. Angesichts von Unterdrückung und Entrechtung darf ein moralischer Mensch nicht die Augen schließen und schweigen. Und da ich 20 Minuten entfernt von dem Ort lebe, an dem täglich und stündlich Verletzungen von Menschenrechten stattfinden, darf ich nicht schweigen.

Ich bin, seitdem ich denken kann, in Menschenrechtsgruppen tätig. Der ursprüngliche Anlass dafür stammt aus dem Holocaust und hat auch sehr viel mit meinem jüdisch-orthodoxen ungarischen Großvater zu tun, der in Auschwitz zusammen mit seinem jüngsten Sohn ermordet wurde. Vor seiner Ermordung hat er dort einen jungen Lagerinsassen aus seiner Heimatstadt getroffen und ihm das Versprechen abgenommen, alles zu tun, um am Leben zu bleiben, damit er der Familie meines Großvaters erzählen kann, was er in Auschwitz gesehen und erfahren hat. Dieser junge Mann hat tatsächlich überlebt und dann der Familie meiner Mutter, als sie aus der Emigration nach dem Krieg zurückkam, erzählt, was er in Auschwitz gesehen und erlebt hatte. Diesen Auftrag, nicht wegzusehen, nicht zu schweigen, sondern zu berichten, was um mich herum an Verfolgung und Unrecht geschieht, habe ich von meinem Großvater als Vermächtnis mitbekommen. Damit bin ich aufgewachsen. Auge und Ohr offen zu halten, die Realität kritisch zu hinterfragen, damit es nie wieder dazu kommt, dass Menschen gedemütigt und brutal ermordet werden, ohne dass andere Menschen sich entschieden, dagegen vorzugehen, um es zu verhindern.

Ebenso ist es sehr bedeutsam, sein Herz nicht nur dem eigenen Leiden zu öffnen, sondern auch dem Leiden der anderen gegenüber. Historische Unterscheidungen sind zum Verständnis der jeweiligen Vorgänge absolut wichtig. Wenn man aber moralisch zwischen dem eigenen Leiden und dem Leiden der anderen unterscheidet, ist man moralisch nicht glaubwürdig. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man ernsthaft gegen den Antisemitismus kämpfen und gleichzeitig die Unterdrückung eines anderen Volkes befürworten kann.

Wir legen Ihnen nun in Deutschland unseren Bericht über die Verfahren an den israelischen Militärgerichten vor, weil man, meiner Meinung nach, immer und überall über Verletzungen von Menschenrechten sprechen muss, damit sich die liberalen und demokratischen Kräfte vereinigen können. Ich lehne es ab, dass unter dem Vorwand des Antisemitismus jeder Kritik an der israelischen Regierungspolitik der Mund gestopft wird und dass wir, die wir Kritik üben, als Antisemiten oder als Förderer des Antisemitismus verunglimpft werden.

4.4 Independent Jewish Voices

Independent Jewish Voices ist eine Gruppe von jüdischen Intellektuellen im Vereinigten Königreich, die meisten von ihnen Professoren, Schriftsteller oder Journalisten, die sich im Februar 2007 in der gemeinsamen Erklärung *A Time To Speak Out: Independent Jewish Voices* für eine ungeteilte Beachtung der Menschenrechte in Israel und den besetzten Gebieten ausgesprochen haben. Weiter heißt es in dieser Erklärung (IJV 2008, S. 306):

The Palestinian inhabitants of the West Bank and Gaza strip face appalling living conditions with desperately little hope for the future. We declare our support for a properly negotiated peace between the Israeli and Palestinian people and oppose any attempt by the Israeli government to impose its own solutions on the Palestinians. (...) We hereby reclaim the tradition of Jewish support for the universal freedoms, human rights and social justice. The lessons we have learned from our own history compel us to speak out.

In einem 2008 erschienenen Sammelband haben sich mehrere Unterzeichner dieser Erklärung ausführlicher geäußert und ihr Engagement für die Menschenrechte generell und insbesondere in Israel und den besetzten Gebieten aus unterschiedlichen Traditionen begründet, einige ausdrücklich unter Bezug auf die jüdische Religion. Ich dokumentiere Auszüge:

Geoffrey Bindman, *The Occupation: Is It Legal?* (IJV 2008, S. 3-14):

3

Israel is a paradox. It is not an authoritarian or repressive regime. It has all the attributes of a democracy on the Anglo-American model. It is a nation of many lawyers who take pride in the respect of their state for the rule of law. Unfortunately, pride is very far from justified when one examines the policies and practices of the Israeli government towards Arab citizens in Israel and towards Palestinian Arabs in the Occupied Territories. Unlike most of those who support the occupation (including Israelis themselves), I have visited the West Bank and Gaza and have seen for myself the appalling conditions there in which people are compelled to live.

7/8

The (Geneva, G.K.) Convention also prohibits individual or mass forcible transfers of residents of the occupied territory to the territory of the occupying power. Hence, not only is the transfer of Israeli citizens to the constantly expanding settlements illegal, but also the converse: the transfer to Israeli prisons of Palestinian residents of the West Bank, numbering now some 9,000, is equally in violation of the Convention.

Then there is the brutal treatment by Israeli occupying soldiers, including the arbitrary arrest and detention of many Palestinians. Family homes are demolished. House demolition is a form of collective punishment, violating the Convention, because it injures not only the individual whose conduct may or may not merit punishment but families and relatives who may share the house. Other forms of collective punishment are also common, including curfews and road closures. There is expropriation of land and the exclusion – condemned by the International Court of Justice (...) – of many Palestinians from access to their own land by the interposition of the wall that now separates a large part of the West Bank from Israel. Some 80 per cent of the wall has been built on Palestinian land, much of which is in the Israeli side of the wall, to which access by its owners is severely impeded or from which they are completely excluded.

9

In Israel, as in the United States and Britain, governments seem incapable of resisting the easy assumption that all legal restraints are dispensable in the face of the terrorist threat. In Israel especially, the history of suicide bombing enhances the animosity towards Palestinians in general that seems to infect political thinking, and the willingness to abandon humanitarian standards. But the supposed balance between freedom and security is a false one. (...) Israelis increase their security not at the expense of their own freedom but at the expense of the largely innocent civilian population of the Occupied Territories. Measures that do this are unlawful where they are neither necessary nor proportionate. But they are also counter-productive in two ways: they create justifiable resentment among the innocent, some of whom may be provoked to revenge, in extreme cases even by suicide bombings; and they are incompatible with the respect for democratic values that Israel professes.

Tony Klug, *Occupation, Human Rights and the Quest for Peace* (IJV 2008, 27-35):

28-30

If there is one cast-iron law of history, it is probably that all occupations and other forms of colonial rule are, eventually, resisted. At that point, the occupier has a choice of pulling out and letting the native people exercise self-determination or clamping down. Despite its avowal in the years immediately following the 1967 war that it would stay only temporarily, Israel chose to remain. The rest was predictable. (...)

(...) if there has been a persistent pattern of serious human rights violations in the Occupied Territories, it is not because the perpetrators are Israeli and certainly not because they are Jewish. Nor even is it because they are Zionist: patriotic Israelis and self-proclaimed Zionists have been among the most vocal critics. It is because they are occupiers, and the violations will end when the occupation ends. In parallel, if at times the resistance has turned violent and has involved murderous attacks on Israeli civilians, it is not because the perpetrators are Palestinian or Arab or predominantly Muslim, but because they are an occupied people. (...)

It goes without saying that the human rights of a people living under occupation should be respected. But even if, hypothetically, Israel were to abide by every provision of the Geneva Conventions, it would at best make the occupation more bearable. (...) In reality, terminating the occupation is key to both ending the human rights abuses and resolving the conflict based on two viable states.

Francesca Klug, *Lessons from History* (IJV 2008, 175-181):

180

Although no historic parallels are exact, when I hear of the debate over whether the state of Israel should give full and equal rights – and equal recognition – to all its citizens, regardless of ethnicity or creed, how can I not recall the struggles for Jewish emancipation in post-revolutionary France? When I read of the ‘collective punishment’ meted out to whole Palestinian families because of the actions of a few, when I learn of terrified children and humiliated parents, how can I not recall the experiences of the Jews of Europe down the generations?

How often have many of us thought: if only the world had not turned away when our own human dignity was denied? How can we turn away now when we see injustice done to others in our name? Not so speak out about such abuses of human rights: what a betrayal that would be of our history!

Anthony Rudolf, *Paths of Peace: A Personal Trajectory* (IJV 2008, 196-205):

204/205

(...) it is a Jewish rather than merely an Israeli tragedy that state power is not used wisely and compassionately in the Occupied Territories, pending complete withdrawal. Colonialism always and everywhere corrupts democracy, as de Gaulle and Attlee, in very different circumstances, understood.

Jeremy Montagu, ‘You Shall Not Follow a Multitude to Do Evil’ (IJV 2008, 206-209)

206-208

Israel should, of course, defend itself. Jews have known what it is to be defenceless. But Jews have also known what it is to be oppressed. Legitimate self-defence does not mean oppressing a whole community or people. It does not mean demolishing their houses. Nor does it mean uprooting their olive trees, something that is specifically forbidden in the Torah. (...) It does not mean preventing them and their children from getting to hospitals or subjecting them to humiliation. When I, as a Jew, see such things happening, how can I not speak out? (...)

Surely, those of us who love Israel should be the first to speak out when we see its government behaving wrongly or immorally, just as we hasten to speak about it with pride when given reason to do so.

5. Exemplarische Fälle

5.1 Fallschilderungen im Buch „Die Herren des Landes“

(siehe S. 44 im Querformat)

5.2 Der Mord an Youssif Abu Awwad

In den palästinensischen Gebieten gibt es eine Nichtregierungs-Organisation, die sich Al Tariq (deutsch: der Weg) nennt. Sie setzt sich für Gewaltfreiheit, Dialog und Demokratie ein. Auf der Website dieser Gruppe heißt es:

Peace between Palestinians and Israelis is not a dream; nor is it a lost cause. It is the path that both parties walk only after they learn from each other through reconciliation, forgiveness, and dialogue. It is a path that requires great courage. With this principle in mind, Al Tariq' focus is on promoting non-violence, democracy, and leadership in Palestinian communities through education and dialogue.

Der Palästinenser Khaled Abu Awwad ist Mitglied nicht nur dieser Gruppierung, sondern auch des israelisch-palästinensischen Vereins verwaister Eltern. Er ist mit dem Israeli Rami Elhanan befreundet, dessen 14jährige Tochter bei einem palästinensischen Anschlag ermordet wurde. Khaled Abu Awwad hat seinen Bruder verloren. Wie das passiert ist, beschreibt er in einem Interview mit Alexandra Senfft. Eines Tages wird er ins Krankenhaus gerufen, wo er erfährt, dass sein Bruder Youssif tot ist. Ich zitiere (Senfft 2009):

67/68

Ich wollte Youssifs Leichnam sehen, die Ärzte haben mir jedoch abgeraten – er sei in einem schlimmen Zustand. Sie brauchten zwei weitere Stunden, um meinen Bruder herzurichten: Ihm war in den Kopf geschossen worden. (...) Kurz darauf begann ich nachzuforschen. Ich ging zum Tatort, nahe der Straße nach Jerusalem, die für die jüdischen Siedler gebaut wurde. Ich erfuhr, dass Youssif als Erster im Wagen am Checkpoint gewartet hatte, um passieren zu dürfen. Jugendliche warfen Steine in Richtung der israelischen Wachposten. Ein Soldat herrschte meinen Bruder an, den Motor auszustellen. Youssif war ein stiller Mann (...) Youssifs Auto bekam einen Stein ab. Daraufhin ist er ausgestiegen und hat den Jugendlichen mit einem Handzeichen bedeutet aufzuhören. Die Jungs hatten viel Respekt vor ihm, sie stellten die Steinwürfe sofort ein. Der Soldat indes muss wohl beleidigt gewesen sein, weil er selbst es nicht fertiggebracht hatte, die Jugendlichen zu bremsen. Er fing nun seinerseits an, Youssifs Pkw mit Steinen zu bewerfen, und schrie ihn an, er solle in den Wagen zurückgehen. Youssif wollte sich nicht so behandeln lassen und hat sich geweigert. Der Soldat drohte damit, ihn zu erschießen. Das hat er dann auch tatsächlich getan!

68/69

[In der New York Times vom 17.1.2001 steht einige Wochen später: Es wird auch der tödliche Schuss auf Youssif Abu Awwad in dem Westbank-Dorf Beit Ummar vom 16. November 2000 untersucht. Augenzeugen sagten, ein Soldat habe den Mann nach einer Auseinandersetzung am Checkpoint aus geringer Entfernung in den Kopf geschossen, und sei dann von einem wütenden Offizier gerügt und anschließend schnell weggebracht worden. Ein Armeesprecher sagte seinerzeit, der Soldat habe in Selbstverteidigung geschossen, als der Palästinenser versucht habe, sein Gewehr zu schnappen.]

5.1 Fallschilderungen im Buch „Die Herren des Landes“ von Idith Zertal und Akiva Eldar, zitiert nach der deutschen Fassung

zusammengestellt von Reiner Steinweg

Tatzeit Seite im Buch	Delikt	Urteil ⁴
Mai 1982 S. 416	Sekretär der Siedlung Shilo erschießt Jugendlichen, der Steine auf sein Auto geworfen hat.	Freispruch
Mai 1982 S. 416	Sicherheitskoordinator von Kiryat Arba (bei Hebron) erschießt 18-Jährigen aus Beit Na'im.	Keine Verhaftung
Okt. 1982 S. 423	Der Siedler Ishegoyev aus Chinanit feuert auf Steine werfende Jungen und tötet einen Dreizehnjährigen.	3 Monate gemeinnützige Arbeit; Revision beim OGH: 3 Jahre Gefängnis
Jan. 1988 S. 424	Pinchas Wallerstein verfolgt Jungen, die Autoreifen in brand gesteckt haben. Er erschießt einen von ihnen (Rabah Ghanem Hamed) aus 100 m Entfernung, verletzt einen anderen schwer. Wallerstein erklärt später „Abschreckung und Bestrafung“ (nicht etwa Selbstverteidigung) als sein Motiv.	4 Monate gemeinnützige Arbeit
1993 /S. 430	14 Palästinenser werden von Siedlern getötet.	Keine Angaben
Okt. 1996 S. 432 ff.	Nachum Korman aus der Siedlung Hadar-Betar ergreift nach einer Verfolgungsjagd das Kind Hilmi Shushas und schlägt ihm mit der Pistole solange auf den Kopf, bis es bewusstlos wird und nach zwei Monaten Koma stirbt.	6 Monate gemeinnützige Arbeit und 70.000 Schekel; OGH (2001): 6 Monate Gefängnis abzuleisten in Form gemeinnütziger Arbeit
1994	Yoram Shkolnick erschießt einen bereits gefesselten und auf dem Bauch liegenden Palästinenser, der versucht hatte, zwei Siedler zu erstechen.	Erste Instanz: lebenslang; OGH: lebenslang; Strafverbüßung: 8 Jahre

⁴ OGH = Oberster Gerichtshof

69 (weiter im Interview)

B'Tselem hat den Fall aufgegriffen, doch es war zwecklos. Es gab keine Verurteilung, denn die Militäruntersuchung kam zu dem Schluss, es habe nicht genügend Zeugen gegeben. Dabei waren viele Leute aus dem Dorf in der Nähe, als es passierte, und haben alles beobachtet! Youssif hat seine Frau und zwei Kinder hinterlassen. (...) Unsere Mutter ist vor Kummer krank geworden und zwei Jahre später gestorben, mein Vater ist ein gebrochener Mann. (...) Immerzu hat man es mit Toten zu tun, die Medien sind voll davon. Und plötzlich ist man selbst betroffen! Aber wir müssen mit dem Alltag weitermachen. Bleibt man zu Hause und verriegelt die Tür, ist man trotzdem nicht sicher, diese Situation erreicht dich überall. (...) Man hat keine Wahl, ob schuldig oder nicht, ob aktiv oder passiv, man ist beteiligt. Ich bin aktiv geblieben, weil wir jeden Tag, jeden Moment nutzen müssen, um die Dinge zu verändern. (...) Ich bin zum ‚Elternzirkel‘ gekommen, weil ich das Recht der Anderen auf ihren Staat akzeptiere. Wir müssen verhandeln mit der Absicht, eine Lösung zu erreichen (...).

71/70

Die politische Atmosphäre stellt einen (...) immer wieder auf die Probe – kann man unter solchen Bedingungen noch Friedensaktivist bleiben? Es war November, als ich mit meinem israelischen Partner in einer Schule im Süden Israels einen Vortrag hielt. Da kam plötzlich der Direktor in den Unterricht, und man teilte mir mit, dass mein Bruder Ali angerufen habe – mein Sohn sei angeschossen worden. Die gleiche Geschichte wie bei Youssif. Ich habe übers Telefon mit meinem Kind sprechen können: „Baba“, hat er gesagt, „ich bin in Ordnung.“ Den Schülern habe ich zum Abschied zugerufen, wir seien mit Hoffnung hergekommen, und wenn wir die Hoffnung verlören, verlören wir alles. Ich bin sofort zu meinem Kind gefahren, eine lange Reise mit viel Kummer und Angst. Mein Sohn hatte viel Blut verloren. (...) Wir hatten dann wegen der Checkpoints ein Problem, ihn ins Krankenhaus zu befördern. Eine Israelin aus der Friedensbewegung half uns und bürgte für die Kosten. Mein Sohn ist im Hadassah-Krankenhaus in Jerusalem neun Stunden operiert worden, die Kugel war in die Leiste und den Bauch gedrungen. Der Arzt sagte, wenn wir eine Stunde später gekommen wären, wäre er gestorben. Er ist seither gehbehindert und hat viele andere Probleme. (...) Ich hoffe, dass Gott meinem Sohn, der jetzt 20 ist, meiner Frau und mir hilft, damit fertigzuwerden.

2006 habe ich „Al-Tariq“ gegründet. Ich wollte aus dem Teufelskreis der Gewalt heraus. Es geht nicht darum, wer recht hat und wer nicht, sondern darum, eine Lösung zu finden!

5.3 Der Gerichtshof zeigt keine Sympathie, Nurit Peled Elhanan, 14.Oktober 2009

(Nurit Peled Elhanan und Rani Elhanan gehören, wie eben erwähnt, zum israelisch-palästinensischen Zirkel von Eltern, die durch Gewalttaten der „anderen Seite“ Kinder oder nächste Verwandte verloren haben. G.K.)

Am Mittwoch trafen wir uns – Mitglieder von „Kämpfern für den Frieden“, Frauen von Machsom Watch (eine Organisation israelischer Friedensaktivistinnen, die u.a. Checkpoints beobachten, um erniedrigendes Verhalten israelischer Soldaten gegenüber Palästinensern zu verhindern, G.K.), Forum der trauernden Familien und der Schriftsteller David Grossman – um an einer Anhörung im Obersten Gerichtshof teilzunehmen, bei der es auf Grund von fehlenden Beweisen bei der Untersuchungsakte zur Tötung der 10jährigen Abir Aramin vor drei Jahren ging. Die Anhörung sollte zunächst um 11 Uhr beginnen, wurde dann auf 9 Uhr verlegt, schließlich auf 10 bzw. auf 1 Uhr und begann um 2 Uhr. Journalisten rannten im Korridor hin und her. Wer starb? Ein kleines Mädchen? Wirklich? Entschuldigen Sie Herr (...), starb Ihre kleine Tochter? Ja! Dann sind sie Bassam Aramin? Nein, Ich bin Rani Elhanan. Oh Entschuldigung! Wo ist dann dieser Aramin? Und wer sind Sie? Wir kommen von Machsom Watch. Von welchem Checkpoint? Was tun Sie dann hier? Und wer sind Sie? Ich bin ein Freund. Von diesen Palästinensern? Ja. Wie kommt das? Wie kann das sein? Darf ich Sie interviewen? Hatten sie eine Tochter, die starb? Wirklich? Wann? Wie? Wie heißt die? Und nach alledem sind Sie auf ihrer Seite? Doch am Ende des Tages gab es in keiner israelischen Zeitung einen Bericht über das, was geschehen war. Salva und Bassam Aramin sind keine Juden und auch keine Israelis. Sie leben unter der

grausamen Besatzung, und sie haben alles darin erlebt, was sie anbietet: Exil, Gefangenschaft und den Mord an ihrer kleinen Tochter durch eine Gummigeschosskugel, die angeblich aus einem Gewehr der Grenzpolizei, die in einem gepanzerten Jeep saß, abgeschossen wurde. Das Gewehr steckte in einer Öffnung und zielte angeblich auf den Kopf des Mädchens, das mit seiner Schwester in der Schulpause an einem Kiosk stand, um etwas Süßes zu kaufen. Das Projektil wurde aus dem Körper des Mädchens entfernt und den Behörden übergeben. Die Augenzeugen genau wie die Soldaten bezeugten, es hätte keine Schießerei gegeben und es habe keine Gefahr für das Leben der Soldaten bestanden, also das Schießen – falls es stattgefunden habe – gegen die Vorschriften war. Zwei Pathologen bezeugten, dass der Bruch in Abirs kleinem Kopf wahrscheinlich durch eine Gummistahlkugel verursacht wurde. Das Video einer Rekonstruktion des Vorfalles wurde der Verteidigung oder dem Gericht nicht gegeben, weil die Soldaten, die angeblich das Schießen ausgeführt haben (...), auf der Aufzeichnung zu erkennen sind. Die Staatsanwältin stand stotternd, unvorbereitet und ungepflegt wie ein Gruppenkommandeur vor neuen Rekruten mit dem Rücken zum Publikum und wies die Behauptungen zurück: „Es wurde also ein Projektil gefunden, na und? Sie (diese Araber) sagen allerlei, macht sie das zu Zeugen? Keiner hat an dieser Stelle also Steine geworfen, na und? Auf einer Straße in der Nähe wurden Steine geworfen. Wenn Sie an meiner Stelle wären – sagte sie lachend zu Michael Sfard, Aramins Anwalt, würden sie jetzt kleine Stücke aus ihnen gemacht haben. Die Richterin Beinisch erinnert Sfard – zweimal – daran, dass es solche Vorfälle in der Vergangenheit schon mehrfach gegeben hätte und dass Soldaten selten vor Gericht gebracht oder gar verurteilt werden. Also wäre es das Beste, dies zu vergessen. Die Staatsanwältin sagt lachend: ich hatte das Vergnügen, an solchen Gerichtsverhandlungen teilzunehmen.

Aber Salwa und Bassam Aramin haben keine andere Wahl, als Gerechtigkeit vor einem israelischen Gericht zu suchen. Sie verlangen, dass die Wahrheit in einem Gericht des Besatzers, der Mörder, ans Licht kommt. „Damit ich ruhig schlafen kann und Abir auch“, sagt Salwa den Journalisten. Das perfekte Verbrechen, schrieb Jean-Francois einmal, ist nicht das Morden, sondern die Unterdrückung der Zeugenaussagen und das Zum-Schweigen-bringen der Stimmen der Opfer. Und die größte Ungerechtigkeit ist die, wenn man die Opfer zwingt, Gerechtigkeit vor dem Gericht ihrer Peiniger zu suchen. Da die Richterin Beinisch in ihren Kommentaren gegenüber Sfard implizierte, das Blut von Palästinensern sei in diesem Land billig, sei für das Töten von Palästinensern – Kindern, Erwachsenen, Neugeborenen, alte Leute - keiner bestraft worden. Die jüdischen Mörder laufen frei und glücklich unter uns herum. Diejenigen, die unsere israelischen Kinder ermordet haben, die palästinensischen Selbstmordattentäter, haben wenigstens gesagt: „Lasst mich mit den Philistern sterben!“ (Richter 16,30) und schonten uns mit irgendeiner Frage über ihre Gegenwart in der Welt. Der Mörder von Abir Aramin verbringt diesen Abend sicher in einer Bar („Shit! Was für ein schrecklicher Tag! Ein kleines Mädchen rannte mir direkt vor mein Fadenkreuz“, mag er sagen) und er wird noch viele Abende in vielen Bars verbringen, während Abirs Eltern Gerechtigkeit von den Besatzern, von den Unterdrückern suchen. Mein 17jähriger Sohn Yigal saß den ganzen Tag geschockt mit im Gerichtssaal. Am Abend fuhr er mit seinen Klassenkameraden nach Auschwitz. Um seinetwillen hoffte ich, betete ich, bat ich inständig – ja ich schrie fast nach den verschlafenen Richtern Beinisch, Arbel, Frocaccia – um einen Funken Menschlichkeit, ein mütterliches Gefühl in ihnen zu finden, dass sie in die Augen von Salwa schauen mögen, die nie zu weinen aufhörte, und in Bassams aschfahles Gesicht, dass sie doch sagen möchten: Der Oberste Gerichtshof empfindet mit euch und ist mit euch traurig über den Tod der kleinen Abir. Nichts davon geschah.

Aus dem Hebräischen. übersetzt von George Malent; deutsch: Ellen Rohlf's

Mit freundlichen Grüßen

„Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost (Österreich)“, www.nahostfriede.at

5.4 Siedlergewalt in Silwan

Die israelische Zeitung „Haaretz“ berichtete im Dezember 2009 über einen bislang nicht publizierten Report europäischer Konsulate in Jerusalem, der offenbar in Brüssel große Betroffenheit auslöste und Schwedens Bemühungen um eine formale Anerkennung Ost-Jerusalems als Hauptstadt eines palästinensischen Staates durch die EU beförderte.⁵ Danach klagt der Bericht die israelische Regierung und die Stadtverwaltung von Jerusalem an, sie arbeiteten zielgerichtet auf eine Veränderung der demographischen Verhältnisse in Ostjerusalem und seine Abtrennung von der Westbank hin. Beide unterstützten rechtsstehende Organisationen wie Ateret Cohanim und Elad in deren Bemühungen bei der Umsetzung dieser Strategie. Ein großer Teil des EU-Reports ist archäologischen Ausgrabungen in Jerusalem gewidmet. Wörtlich zitiert Haaretz:

Archaeology in this case has become an ideologically motivated tool of national and religious struggle carried out in a manner that modifies the identity and character of the city and threatens to undermine its stability. (...)

The expansion of Israeli settlements has sparked a trend of settler violence against the Palestinian population in East Jerusalem. Such criminal actions have been witnessed by Israeli police but are not met with adequate intervention (meine Betonung).

Einen solchen Fall aus dem Stadtteil Silwan, der unter starkem Druck israelischer Siedler steht, die in und um die Altstadt mit vielen Bauvorhaben und Ausgrabungen eine jüdische Dominanz herstellen wollen, beschreibt Jochen Stoll. Der Friedensarbeiter Jochen Stoll, den die Mitgliederversammlung der internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi in der Diözese Rottenburg-Stuttgart zu einem Zivilen Friedensdienst nach Palästina und Israel entsandt hat,⁶ kennt Ahmed al-Qarain persönlich. In einem Schreiben, in dem Jochen Stoll um Spenden für die Familie bat, heißt es:⁷

Ahmed (40) wohnt in Silwan und ist im Stadtteilcafé ehrenamtlich aktiv, er hat uns sehr während der 72-Stundenaktion unterstützt. (In dieser Aktion wurde mit Hilfe von sieben deutschen Pax Christi Volontären und Zivildienstleistenden ein Stadtteilcafé in Ost-Jerusalem renoviert, G.K.) Am Freitag, dem 11. September, beobachtete er, wie sein Sohn Ali auf offener Straße von einem militanten israelischen Siedler bedroht und geschlagen wurde. Als Ah-

⁵ Barak Ravid, EU envoys: Israel trying to sever East Jerusalem from West Bank, www.Haaretz.com/hasen/spages/1131258.html (25.1.2010)

⁶ In Zusammenarbeit mit einheimischen Partnerorganisationen wie dem palästinensischen „Arab Educational Institute“ aus Bethlehem, dem „Zentrum für Konfliktbearbeitung und Versöhnung, ebenfalls aus Bethlehem, und den israelischen „Rabbinern für die Menschenrechte“ soll das Projekt, für das Stoll arbeite, Workshops zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung für junge Menschen anbieten (www.rottenburg-stuttgart.paxchristi.de/319.2/319.2.4/index.html).

⁷ www.rottenburg-stuttgart.paxchristi.de/nachrichten/one.news/index.html?entry=page.news.319.29&; vgl. auch Stolls nachfolgenden Bericht „King of the Road: Zu Besuch bei Ahmed“, www.rottenburg-stuttgart.paxchristi.de/319.6.2.3./index.html

med seinem Sohn zu Hilfe eilte, schoss ihm der Siedler zunächst aus nächster Nähe mit einer M16 in den rechten Oberschenkel, dann auch ins linke Knie. Ahmed wurde ins Krankenhaus gefahren, es kam zu einer Art Straßenschlacht, der Siedler wurde festgenommen, aber laut Medienberichten bald schon wieder auf freien Fuß gesetzt. Auch einige palästinensische Bewohner Silwans wurden festgenommen, sie sitzen immer noch im Gefängnis.

Freunde berichten, dass Ahmeds Oberschenkelknochen und das Knie zertrümmert sind. Er muss wohl bis zu 3-Monate im Krankenhaus bleiben, seinen Beruf als Lastwagenfahrer wird er wahrscheinlich nicht wieder ausüben können. Die Familie braucht nun dringend finanzielle Hilfe, um Arztkosten zu decken, den Einkommensverlust auszugleichen und vor allem, um die Anwaltskosten zu decken, denn Ahmed wird nun vorgeworfen, er habe einen Soldaten attackiert. (Der Siedler trug zivile Kleidung, leistet aber gerade seinen Wehrdienst.)

6. Quellenangaben und Literaturhinweise

6.1 Internet-Seiten für die Dokumente

(alle Einträge wurden am 15.1.2010, 25.1.2010 oder 6.2.2010 überprüft)

The Association for Civil Rights in Israel (ACRI)
www.acri.org.il/pdf/eastjer2009.pdf

Al-Haq, Monitoring and Documentation Department, April-June 2009, Field Report
www.alhaq.org/pdfs/al-haq-monitoring-and-documentation-april-june-2009.pdf

Amnesty International, Jahresbericht 2007, Israel und besetzte Gebiete
www.amnesty.de/umleitung/2007/deu03/053?lang=de%26mimetype%3dtext%2html

Amnesty International, Jahresbericht 2009, Israel und besetzte Gebiete
www.amnesty.de/jahresbericht/2009/israel-und-besetzte-palastinensische-gebiete?destination=node/2F2939%3Fpage%3D1

Breaking the Silence
www.breakingthesilence.org.il

Breaking the Silence: Women Soldiers' Testimonies, Jerusalem 2009
www.breakingthesilence.org.il/UserFiles/File/women2009eng.pdf

B'Tselem – The Israeli Information Center for Human Rights in the Occupied Territories
www.btselem.org/english/About_BTselem/Index.asp

B'Tselem, Human Rights in the Occupied Territories: 2008 Annual Report
www.btselem.org/Download/200812_Annual_Report_Eng.pdf

B'Tselem, Statistics, Fatalities
www.btselem.org/english/statistics/Casualties.asp

Human Rights Watch, Israel/Occupied Palestinian Territories (OPT), Events of 2008
www.hrw.org/en/world-report-2009/israeloccupied-palestinian-territories-opt?print

Human Rights Watch, Israel/Gaza: One Year After Hostilities, Abuses Unpunished
www.hrw.org/en/news/2009/12/26/israelgaza-one-year-after-hostilities-abuses-unpunished

Political Terror Scale (PTS)
www.politicalterror scale.org/about.php

Political Terror Scale, 1976-2008 Political Terror Scale Ratings
www.politicalterror scale.org/download.php

US Department of State, Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor: Country Reports on Human Rights Practices 2008, Israel and the occupied territories
www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2008/nea/119117.htm

Yesh Din – Volunteers for Human Rights, On the Agenda: 69 police investigations into tree vandalism result in zero indictments
www.yesh-din.org/site/index.php?lang=en

Yesh Din, Backyard Proceedings: The Implementation of Due Process Rights in the Military Courts in the Occupied Territories

www.yesh-din.org/site/images/BackyardProceedingsEng.pdf

6.2 Sekundär-Literatur

Bernd Greiner, *Krieg ohne Fronten: Die USA in Vietnam*, Hamburg 2007

Hava Halevi/Hagit Shlonsky, *Schuldig: Mitgliedschaft und Tätigkeit in einer verbotenen Vereinigung. Israelische Militärgerichte 2008*, Neu-Isenburg 2009

Anne Karpf/Brian Klug/Jacqueline Rose/Barbara Rosenbaum (Hrsg.), *A Time to Speak Out: Independent Jewish Voices on Israel, Zionism and Jewish Identity*, London-New York 2008

Gert Krell, "The Israel Lobby": A Comment, Written for a Presentation and Discussion of the Book "The Israel Lobby" with the Authors John Mearsheimer and Stephen M. Walt at Johann-Wolfgang-Goethe-University, Frankfurt/Main, November 13, 2007 (www.gert-krell.de)

Gert Krell, *Schatten der Vergangenheit: Nazi-Deutschland, Holocaust und Nahost-Konflikt*, HSFK-Report 7/2008, Frankfurt am Main 2009

Gert Krell, *Frieden für Israel und Palästina: Deutsche Nahost-Politik im Schatten der „Vergangenheit“*, HSFK-Standpunkte 6/2011, Frankfurt am Main 2011

Ian S. Lustick, *Unsettled States, Disputed Lands: Britain and Ireland, France and Algeria, Israel and the West Bank-Gaza*, Ithaca, NY 1993

John J. Mearsheimer/Stephen M. Walt, *The Israel Lobby and U.S. Foreign Policy*, New York 2007

Alexandra Senfft, *Fremder Feind, so nah: Begegnungen mit Palästinensern und Israelis*, Hamburg 2009

David Shulman, *Dark Hope: Working for Peace in Israel and Palestine*, Chicago-London 2007

David Shulman, *Israel Without Illusions*, in: The New York Review of Books, 56:20 (December 17, 2009) oder *Israel Without Illusions: What Goldstone Got Right*, <http://blogs.nybooks.com/post/247398486/israel-without-illusions-what-goldstone-got-right>

Idith Zertal/Akiva Eldar, *Lords of the Land: The War Over Israel's Settlements in the Occupied Territories, 1967-2007*, New York 2007 (dt. unter dem Titel *Die Herren des Landes: Israel und die Siedlerbewegung seit 1967*, München 2007)